

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

185 (12.8.1920)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Durch unsere Träger 5.-M. einschl. 80 3 Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 4.80 M.; durch die Post bezogen 4.80 M., ohne Ausgabe- u. Bestellgebühr, monatl. Einzelempl. 25 3. Ausgabe: Werktags mittags, Geschäftsstelle und Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelle 1.-M. Die Reklamezeile 3.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Der deutsche Außenminister Dr. Simons über die deutsch-russischen Beziehungen

Der Berliner Korrespondent der „Leipziger Volkszeitung“ hat gestern eine längere Unterredung mit dem Minister des Auswärtigen Dr. Simons über die bevorstehende Wiederherstellung der deutsch-russischen diplomatischen Beziehungen.

Der Korrespondent fragte den Minister: Sind Sie bereit, die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetregierung sofort wiederherzustellen, sobald die durch die Ermordung des Grafen von Mirbach verletzten Rechte der Exterritorialität eines deutschen Gesandten durch die russische Regierung wiederhergestellt sind?

Der Minister erwiderte: Ich bin zur sofortigen Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen mit der russischen Sowjetregierung bereit, sobald man uns Genugtuung für die Ermordung des Grafen von Mirbach, gegeben hat.

Der Korrespondent fragte weiter: Sind Sie bereit, nach Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen auch die Aufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen nach Kräften zu fördern und die Privatinitiative in dieser Richtung durch amtliche Unterstützung zu begünstigen?

Der Minister entgegnete: Ich bin auch in dieser Richtung bereit, jeder privaten Initiative, sowohl von deutscher wie von russischer Seite, amtliche Unterstützung angedeihen zu lassen und auch offiziell die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Beziehungen zu fördern. Wir haben bereits unsern guten Willen in dieser Beziehung bewiesen, indem wir den Vertretern der Sowjetregierung, die zu Wirtschaftsverhandlungen hierher entsandt werden sollten, Fürsorge und Bratmann-Probomski, die Einreiseerlaubnis nach Deutschland gewährt haben. Die Form, in der die russische Staatswirtschaft mit der deutschen Privatwirtschaft in dauernden Verkehr gebracht werden kann, bleibt weiteren Erwägungen vorbehalten.

Zur Ansicht an diese Neuerung des Ministers fragte deshalb der Korrespondent: Glauben Sie an die Möglichkeit eines Zusammenarbeitens mit Russland beim wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas?

Der Minister betonte: Ich bin der festen Überzeugung, daß zu einer wirtschaftlichen Gestaltung Europas auch die deutsch-russische Zusammenarbeit erforderlich ist. Es braucht dabei Russland die deutsche industrielle Mitarbeit ebenso sehr wie wir die russischen Rohstoffe und Lebensmittel. Andere europäische Staaten sind in ähnlicher Lage, so daß ganz Europa auf die Erfolge dieses Zusammenarbeitens für seine wirtschaftliche Wiederherstellung angewiesen ist.

Der Korrespondent: Welche Schwierigkeiten stehen nach Ihrer Ansicht in Deutschland der Verwirklichung dieser Pläne noch entgegen?

Der Minister: Soweit ich es im Augenblick übersehen kann, bestehen weder im Kabinett noch bei irgendeiner Partei Bedenken gegen die Wiederherstellung der deutsch-russischen Beziehungen. Im Gegenteil, sämtliche Parteien haben in letzter Zeit diesen Gedanken als äußerst sympathisch und für die deutsche Zukunft dringend notwendig begrüßt. Dagegen halte ich es für meine Pflicht davor zu warnen, daß man an diese deutsch-russische Verständigung politische Hoffnungen knüpft, die entweder geeignet sind, uns in den Verdacht zu bringen, als ob wir auch nur im geringsten die Absicht hätten, uns den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages mit russischer Hilfe zu entziehen, oder auf eine grundlegende Veränderung der deutschen Staats- und Wirtschaftsverfassung hinzuzielen.

Der Korrespondent: Sehen Sie die Schwierigkeiten bei der russischen Regierung oder bei der Entente vor?

Der Minister: Ich bin über die Verhältnisse in Moskau sowie in Paris, London und Rom nicht genau genug orientiert, um mich nach diesen Richtungen in Vermutungen zu ergoßen. Ich darf aber der Hoffnung Ausdruck geben, daß auch dort das gemeinsame Interesse nicht verkannt wird.

Zum Schluß fragte der Korrespondent: Halten Sie eine direkte deutsch-russische Grenze für notwendig, oder glauben Sie an die Möglichkeit eines entsprechenden deutsch-russischen Zusammenarbeitens bei Postexpeditionen und unter Vermittlung der Randstaaten?

Der Minister wies darauf hin, daß seine Äußerungen im Reichstag über Deutschlands Verhältnis zu Polen und über den deutsch-lettischen Vertrag ergeben hätten, wie er die Bedeutung der sogenannten Randstaaten für die künftigen Beziehungen Deutschlands zu Russland einschätze. „Ich wiederhole, als Brücke eines friedlichen Austausches mit Russland sind sie auch, abgesehen von ihrem eigenen Verkehr mit Deutschland, von hohem Wert, nur ein Barrierengebilde würde bei uns das Bedürfnis nach einer Grenze mit Russland übermäßig machen. Uebrigens wird das letzte Wort in dieser Frage erst in unmittelbarer Verhandlung mit Russland zu sprechen sein.“

Der russisch-polnische Krieg

Die russischen Friedensbedingungen

W.L.B. London, 11. Aug. Die gestern Abend in der Sitzung des Unterhauses Lloyd George von Kamenev übermittelten Waffenstillstandsbedingungen der Sowjetregierung für Polen lauten nach dem „Daily Herald“ wie folgt:

Die polnische Armee darf in Zukunft ein Jahreskontingent von 30 000 Mann nicht überschreiten. Der Generalstab, die Offiziere und die Verwaltungsbeamten des Heeres werden auf 10 000 Mann festgesetzt. Die polnische Armee wird sofort nach Unterzeichnung des Friedensvertrages demobilisiert. Alle Waffen, die nicht erforderlich sind für die Armee, sind an Sowjetrußland und an die Ukraine abzuliefern. Waffen- und Munitionsinstruktionen werden stillgelegt. Polen darf weder Kriegsmaterial noch Waffen aus dem Auslande nach Polen einfließen.

Die Eisenbahnen Volkowik-Bjalystok-Krajewo wird Rußland zum Handelsaustausch von und nach dem Baltischen Meere zur Verfügung gestellt. Die Familien aller im Kriege Verwundeten und Gefallenen erhalten vom Staat Land. Gleichzeitig mit der Demobilisierung ziehen sich die russischen und ukrainischen Truppen aus Polen zurück. Die Waffenstillstandslinie wird diejenige sein, die in der Note an Lloyd George am 20. Juli angegeben wurde. Die polnische Armee zieht sich 50 Werst hinter diese Linie zurück. Die endgültige Grenze des unabhängigen polnischen Staates wird ungefähr diejenige sein, die in der Note an Lord Curzon angegeben ist. Doch soll Polen im Osten neue Gebiete erhalten besonders im Bezirke von Bjalystok und Cholm.

Die englischen Arbeiterführer bei Lloyd George

London, 11. Aug. Bevor sich Lloyd George zum Parlament begab, empfing er eine Anzahl von Delegationen von Arbeiterführern. Die Abordnungen machten Lloyd George von der vorgestern abend angenommenen, gegen einen Krieg mit Rußland gerichteten Protesten Mitteilung, in der mit einem Generalstreik als äußerstes Mittel droht wird. Lloyd George ersuchte die Deputationen, seine Erklärung im Parlament abzuwarten. Er sagte, der Vertrag von Versailles, durch den die Unabhängigkeit Polens geschaffen worden sei, müsse um jeden Preis aufrecht erhalten werden.

Lloyd George im Unterhaus

London, 11. Aug. (Unterhaus.) Nach der Erklärung von Lloyd George über die polnischen Fragen behaupte Asquith, daß der Balfour-Bund nichts getan habe, um den polnischen Angriff zu verhindern und daß der Oberste Rat nicht eingegriffen habe. Clunes erklärte namens der Arbeiterpartei, diese wird ihre Haltung revidieren, wenn es sich zeigen sollte, daß Polens Unabhängigkeit bedroht werde. Auch die Arbeiterpartei erkenne die Notwendigkeit der polnischen Unabhängigkeit für den Weltfrieden an. Lord Robert Cecil sprach seine Verwunderung darüber aus, daß England unter seinen Umständen zu Kriegsmassnahmen übergehen werde, falls es sich nicht um die Verteidigung der Unabhängigkeit Polens handele.

Eine Anfrage über Americas Haltung zum Volkstrot gegen Rußland

London, 11. Aug. Im Unterhaus fragte Ventillet, wie sich Amerika zu der Frage der Ausübung eines wirtschaftlichen Druckes auf Rußland stelle. Lloyd George entgegnete, es werde ein Appell an Amerika gerichtet, die polnische Unabhängigkeit nicht zu gefährden. Bisher sei keine materielle Hilfe an das Heer des Generals Wrangel auf der Krim geleistet worden.

Eine angeblich neue Lage entstehen

London, 11. Aug. Nach Verlesung der holländischen Friedensbedingungen bemerkte Lloyd George: „Sofort nach Empfang der Bedingungen habe ich die Note Frankreich und Italien zur Kenntnis gebracht. Wir haben der polnischen Regierung unsere ersten Eindrücke mitgeteilt. Ich halte es aber nicht für angebracht, darüber hinaus weitere Bemerkungen zu machen, da dies bedeuten würde, daß wir der polnischen Regierung die Verhandlungen aus der Hand nehmen. Ich bin aber der Meinung, daß eine neue Lage entstehen ist.“

London, 11. Aug. Dem holländischen „Telegraaf“ zufolge sind die englischen Blätter in ihren Artikeln über die Rede Lloyd Georges optimistisch gestimmt. Allgemein wird die Hoffnung ausgesprochen, daß eine Einigung zustande kommen möge und eine endgültige Regelung der europäischen Fragen in einem Konferenztage, an dem die Alliierten, Rußland und die anderen Staaten ihre Plätze haben.

Amerika und die russisch-polnischen Fragen

Washington, 11. Aug. Das Staatsdepartement hat dem italienischen Volkstrot eine Note überreicht als Antwort auf die italienischen Angriffe, um die Ansicht der amerikanischen Regierung über die polnische Frage. Das Staatsdepartement erklärt, daß es der aufrichtige Wunsch der amerikanischen Regierung sei, daß die territoriale Integrität und Unabhängigkeit Polens aufrechterhalten bleibe.

Nach Wittermeldungen aus Washington wird sich Amerika allen Maßnahmen widersetzen, die auf einen offenen Krieg der Alliierten gegen Rußland hinauslaufen. Man hielt es bis jetzt für möglich, daß der Präsident für eine Wiederaufnahme der interalliierten Blockade und die Gewährung wirtschaftlicher Hilfe eintreten werde. Man glaubt aber nicht an den Erfolg einer solchen Blockade, da die Blockade tatsächlich seit geraumer Zeit in Kraft ist, ohne daß die Haltung der Sowjet-Regierung dadurch im mindesten beeinflusst wurde.

Rußland und die Schuld an Frankreich

Paris, 11. Aug. Nach einer „Matin“-Meldung findet die Nachricht, daß Rußland keine Schuld an Frankreich anerkennen werde, hier keinen Glauben. In offiziellen Kreisen glaubt man an ein derartiges Angebot nicht.

Keine Mobilisierung Ungarns

Budapest, 11. Aug. Gegenüber den Gerüchten von einer Mobilisierung in Ungarn wird von amtlicher Seite erklärt, daß die Mobilisierung nicht angeordnet wurde und daß auch die Vorbereitungen dazu fehlen würden. Ungarn verfüge heute nicht einmal über Kriegsmaterial, um den dringenden Bedarf durch die Entente genehmigten Armeen decken zu können. Die Mobilisierung wäre somit unmöglich.

Proteste der tschecho-slowakischen Arbeiter

Prag, 11. Aug. Der Zentralrat der tschecho-slowakischen gewerkschaftlichen Vereinigung fordert die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Beamten in einem Aufruf auf, die Durchführung von Kriegsmaterial nach Polen, Ungarn und Rumänien nicht zuzulassen, da es gegen Sowjetrußland verwendet werden könnte.

Ein Aufruf der französischen Sozialisten zum russisch-polnischen Krieg

Paris, 11. Aug. Die „Humanitee“ veröffentlicht ein Manifest an die französischen Proletarier, worin sämtliche Irrtümer der Entente gegenüber Sowjetrußland aufgezählt werden. Das französische Proletariat wird dann aufgefordert, die Anerkennung der russischen Verfassung, die sich das russische Volk selbst gegeben habe, als sein Programm aufzustellen, ferner für den allgemeinen Frieden in Europa einzutreten und wenn die kapitalistischen und imperialistischen Mächte in Westeuropa, Frankreich und England, den Forderungen des Proletariats nicht nachkommen wollten, so solle man sich mit dem Proletariat der ganzen Welt einigen, um einen neuen Krieg, eine neue Katastrophe zu verhindern.

Vorbereitungen zur Verteidigung von Warschau

Warschau, 11. Aug. Der nationale Verteidigungsrat hat sehr wichtige Maßnahmen zur Verteidigung der Hauptstadt ins Auge gefaßt. General Wegand soll dazu ausersehen sein, den Oberbefehl über die Garnisonstruppen zu übernehmen. Man glaubt, daß General Wegand unter der Bedingung annehmen werde, daß offizialistische Teile geräumt werden, und daß auch die Truppen aus der Gegend von Lublin zurückgezogen werden, um die verfügbaren Kräfte mit Rücksicht auf eine spätere große Offensive konzentrieren zu können.

Die Not in Warschau

Warschau, 11. Aug. Die Not der Warschauer Bevölkerung ist auf dem Höhepunkt angelangt und, wie berichtet wird, der Hunger ebenfalls. Die Lebensmittel werden restlos beschlagnahmt. Die Eisenbahnfahrkarten sind in ten Händen von Spekulanten, die sich für eine Karte Warschau-Danzig bis zu 4000 Rl. bezahlen lassen. Spreuwerk wird von bolschewistischen Propagandisten überflutet.

Scheidemann über die politische Lage

Berlin, 12. Aug. Dem „Vorwärts“ wird aus Kassel berichtet, daß Scheidemann in einer Mitgliebersammlung der Sozialdemokraten über den Kongreß der Zweiten Internationale in Genf gesprochen habe. Er hob dabei hervor, daß in der Entscheidung über die russisch-polnische Frage strenge Neutralität gefordert werde und daß die Bergarbeiter-Konferenz für den Fall eines neuen Krieges den Streik der Kohlenbergarbeiter angeordnet habe. Das seien schwere Tatsachen, die von der Macht der Zweiten Internationale zeugten. Die Zweite Internationale habe dem Volksweltbewusstsein eine gründliche Abfolge erteilt.

Verhandlungen im Reichswirtschaftsrat

Berlin, 11. Aug. Bei der Debatte im Reichswirtschaftsausschuß wurde die erste Lesung zu Ende geführt. Als Vertreter des Großhandels erklärte der Abg. K. K. K. K., daß er weit über die ihm gestellte Aufgabe hinausgegangen sei. Für die Steigerung der Lebenspreise komme die relative Lohnhöhe im Verhältnis zu der geleisteten Arbeitsleistung stark in Betracht. Die Verlesung der Ergebnisse durch Lohnanforderungen betrage ein Mehrfaches der eigentlichen Löhne. Der Abbau der bestehenden Zwangswirtschaft und Schaffung des freien Marktes betrachte man als Ziel der Wirtschaftspolitik. Eine restlose Zustimmung der einzelnen Redner fehlte fast allgemein.

Eine Kundgebung des württembergischen Verkehrspersonals

Stuttgart, 11. Aug. Zur Aufrechterhaltung der deutschen Neutralität haben die Hauptbetriebsräte der württembergischen Eisenbahnen einstimmig folgenden Beschluß gefaßt: Um den von Frankreich verführten Truppen- und Waffentransport in jeder Weise zu verhindern, sollen auf den großen Rangierbahnhöfen sowie den Uebergangsstationen Ueberwachungskommissionen gebildet werden, die verdächtigen Güter kontrollieren und Kriegsmaterial und Truppentransporte an der Weiterfahrt verhindern. Die Kontrolle soll in enger Fühlung mit den Arbeitern der Privatindustrien ausgeübt werden.

Französische Gewaltherrschaft

Saarbrücken, 11. Aug. Der Streik im Saargebiet wird von den Franzosen, denen die Regierungskommission getreulich Hilfe leistet, agitatorisch im weitesten Maße angewertet. Es wird von ihnen nichts unversucht gelassen, die ruhige und friedliche Bevölkerung des Saargebietes aufzureizen und zu Unbesonnenheiten hinzureißen. Starke Truppenzusammenschüßungen sind im ganzen Saargebiet erfolgt. Das ganze Saargebiet ist unter strengster Kontrolle gestellt. Ganz besonders hat es das französische Militär auf die Zeitungen abgesehen. Die Saarbrücker Zeitung, Saarbrücker Landeszeitung, Volkstimme, Wöllinger Nachrichten und wahrscheinlich auch noch viele andere Blätter in den übrigen Städten des Saargebietes sind auf vier Wochen verboten. Sämtliche leitende Beamten der Saarbrücker Zeitung sind verhaftet. Die Redakteure, soweit man ihrer habhaft werden konnte, ebenfalls. Redakteur Thomas wird vor ein Kriegsgericht gestellt. Haus und Wohnung des Redakteurs und Abgeordneten Hoffert sind beschlagnahmt. Präsident Kautz hat in Maueranschlagen und Proklamationen sich die französische Behauptung zu eigen gemacht, daß die Bevölkerung von alldeutschen Agitatoren verführt und aufgereizt worden sei. Infolge des Streiks steigt die Lernerung immer mehr. Die Franzosen behaupten, die Wünsche der Beamten wären längst erfüllt, wenn sie sich nicht mit den rechtsrheinischen Gegnern eingelassen hätten. Nach verschiedenen Meldungen aus dem besetzten Gebiet ist dort die Zensur über Post, Telephon und Telegraph wieder allgemein eingeführt.

Die englische Arbeiterpartei und Lloyd George

London, 11. Aug. Der Aktionsausschuß der Arbeiter, der von Lloyd Georges Rede nicht befriedigt ist, hat beschlossen, für Freitag eine nationale Konferenz der Gewerkschaften einzuberufen, um über die von der organisierten Arbeiterschaft zur Bekämpfung eines Gegenkrieges mit Sowjetrußland zu bezogende Politik, die nötigenfalls auch die Proklamierung des Generalstreiks umfassen soll, zu beraten.

Advertisement for 'Kaiser' (Kaiser Theater) and other local businesses like 'Flecker' and 'Fischer'.

Politische Uebersicht

Die Internationale

Genf, 12. Aug. Das Exekutiv-Komitee der Internationale hat sich konstituiert. Es hat seinen Sitz aufgestellt und in Ausführung eines vom Kongress angenommenen Vorschlages von de Brocard eine fünfgliedrige Kommission (bestehend aus einem Engländer, einem Franzosen, einem Belgier, einem Holländer und einem Schweden) eingesetzt, die damit beauftragt ist, die Wirtschaftsverhältnisse in den Ländern Mitteleuropas zu untersuchen und sich zu ihrem Zwecke mit allen Arbeiterorganisationen in Verbindung zu setzen. Es hat endlich Resolutionen, die ihm vom Kongress überwiesen worden sind u. a. folgendermaßen formuliert:

1. Resolution über das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Im Augenblicke, wo der russisch-polnische Konflikt einen neuen europäischen Krieg zu entfesseln droht, spricht der Kongress die Ansicht aus, daß alle Bemühungen der Arbeiterklasse dahin gerichtet werden müssen, den Frieden zu schaffen und zu befestigen, was nur möglich ist auf der Grundlage des freien Selbstbestimmungsrechts der Völker.

Bestimmte Völker sind noch immer unerblickt oder bedroht, ob es sich nun z. B. um Ägypten, die Völker Klein-Asiens oder des Kaukasus handelt. Die Unabhängigkeit dieser Völker muß sichergestellt werden.

In einzelnen Orten wird sogar die bereits errungene Unabhängigkeit durch bewaffneten Angriff bedroht.

Der Kongress, der gegen die Sowjet-Republik gerichteten Offensiven Protest erhebt, protestiert auch gegen die russische Okkupation von Gebieten, die anderen Völkern gehören. Er protestiert gleichfalls gegen die Okkupation kaukasischer Gebiete durch Polen und gegen die Unterdrückung der Selbstverwaltungsgremien Litauens durch die russischen Besatzungstruppen und er fordert nachdrücklich die Durchführung des zwischen Rußland und Litauen am 12. Juli 1920 abgeschlossenen Vertrages.

Er lenkt ferner die strengste Aufmerksamkeit aller Sektionen der Internationale auf die Lage Polens, dessen Bestand bedroht ist. Dessen Unabhängigkeit seit jeder einen der grundlegenden Programmpunkte der Internationale gebildet hat.

Es ist der Ansicht, daß ein gerechter Frieden die Unabhängigkeit Polens sicher stellen muß, aber er protestiert gleichzeitig kräftig gegen jeden Versuch, die gegenwärtigen Ereignisse als einen Vorwand der Einmischung in die Angelegenheiten Rußlands zu benutzen.

2. Resolution über Ungarn.

Der Kongress begrüßt die Rückkehr der ungarischen Genossen zu den demokratischen Grundsätzen der Internationale. Er protestiert mit Entrüstung gegen den weißen Schrecken der Militärreaktion, gegen die Verfolgung der Arbeiter, die in Gefängnissen und Internierungslagern schmachten, gegen die Todesurteile, die auf Grund einer Parodie eines Rechtsverfahrens gebracht werden und gegen die Hinrichtung der Verurteilten.

Die Angst der Entente vor einer deutsch-russischen Annäherung

Die Entente, besonders die französischen Macht- und Gewalttäter, sind ganz offenbar von einer großen Angst deshalb erfüllt, es könnte sich eine wirtschaftlich und geographische Annäherung zwischen Deutschland und Rußland vollziehen. Daß eine solche Annäherung den beiden Ländern zum größten Vorteil gereichen würde, ist unbestreitbar, eben deshalb kämpfen die Franzosen mit allen Mitteln dagegen an. Sie fühlen, der Glendfrieden von Versailles zerbricht wenn Deutschland und Rußland sich wirtschaftlich und geographisch näher kommen, weil dadurch naturgemäß auch ihr politisches Gewicht sich enorm erhöht. Darum soll auch Polen als ein von der Entente jederzeit zu benutzender Keil zwischen Deutschland und Rußland bestehen bleiben in einer Form, die jede ernsthafte Annäherung verhindert. Die Angst der Entente geht aus den folgenden Nachrichten unverkennbar hervor:

Sauerwein schreibt im „Matin“ über die Ergebnisse der Konferenz von Gineve:

„Die Blockade Rußlands ist eine Eventualmaßnahme, die man in der Zukunft anwenden würde. Ist diese Blockade aber durchführbar, wenn die Küsten Deutschlands nicht eingeschlossen werden, wenn der Transitverkehr an dieser langen Küste freibleibt? Soll man die Mitwirkung Deutschlands bei der Blockade gegen Rußland verlangen? Soll man diese Mitwirkung Deutschlands aufzwingen? Die französische Delegation ist in dieser Beziehung klar und deutlich: Man kann auf keinen Fall eine Mitwirkung Deutschlands auf gleichem Fuße mit uns verlangen. Andererseits darf man aber auch wieder nicht vergessen, daß die

Hans und Heinz Kirch

Novelle von Theodor Storm.
(Fortsetzung.)

„Ja ja, Nachbar; der John Schmidt hat auch auf den Tisch geschlagen. „Pfiu für den Vogel, der sein eigen Nest beschmüht!“

„Nicht so!“ sagte Hans Kirch; „er hätte ihn nur auf seinen dünnen Schädel schlagen sollen!“

„Das tat er nicht; aber als der Reimers ihm zugerufen, was er dabei denn mitzureden habe, da—“

Hans Kirch hatte des anderen Arm gefaßt. „Da?“ wiederholte er.

„Ja, Nachbar“ — und des Erzählers Stimme wurde leiser — „da hat John Schmidt gesagt, er heiße eigentlich Heinz Kirch, und ob er denn auch nun noch etwas von ihm kaufen wolle. — Sie wissen es ja, Nachbar, unsere Jungens geben sich da drüben manchmal andere Namen, Schmidt oder Mayer, oder wie es eben kommen mag, einmal einwenn mit dem Feuerwechsel nicht so ganz in Ordnung ist. Und dann, ich bin ja erst seit sechzehn Jahren hier; aber, nach Hörensagen, es muß Ihrem Heinz schon ähnlich sehen, das!“

Hans Kirch nickte. Es wurde ganz still im Zimmer, nur der Perpendikel der Wanduhr tickte; dem alten Schiffer war, als fühle er eine erkaltende Hand, die den Druck der leinigen erwarpte.

Der Krämer brach zuerst das Schweigen. „Wann wollen Sie reisen, Nachbar?“ frag er.

„Seute nachmittag.“ sagte Hans Kirch und suchte sich so gerade wie möglich aufzurichten.

„Sie werden gut tun, sich reichlich mit Geld zu versehen; denn die Kleidung Ihres Sohnes soll ja nicht im besten Stande sein.“

Hans Kirch zuckte. „Ja, ja; noch heute nachmittag.“

Dies Gespräch hatte eine Zuhörerin gehabt; die junge Frau, welche zu ihrem Vater wollte, hatte vor der halb-offenen Tür des Bruders Namen gehört und war aufhorchend stehen geblieben. Jetzt flog sie, ohne einzutreten, die Treppe wieder hinauf nach ihrem Wohnzimmer. Wo eben

Sowjetregierung als Herrin von Polen vorschlagen würde Danzig, Posen und Oberschlesien an Deutschland zurückzugeben. Das Kinderteil, was wir von Deutschland verlangen würden, das es Neutralität bewahrt. Das Gleichgewicht Europas würde zerstört werden, wenn die russisch-deutschen Bündnisse ihre Erfüllung finden könnten. Marschall Foch erklärte mir gestern abend in den französischen Ausdrücken, welche erkläre die Wiederherstellung Deutschlands in seinem früheren Umfange mit diesem gewaltigen Referat an Menschen und Stoffen, wie es Rußland darstellt, an seiner Seite für Frankreich ergeben würde. So hat die Frage der Blockade das ganze deutsche Problem von neuem aufgerollt. Deutschland wird streng überwacht; es hängt von ihm allein ab, wie die Alliierten sich ihm gegenüber verhalten werden.“

Marcel Guitin hat nach der Konferenz Millerand gesprochen und ihm verschiedene Fragen vorgelegt. Millerand erklärte:

„Innere Auffassung von der Gefahr, die Europa bedroht, hat sich in nichts geändert. Für Frankreich sind vor allem zwei Punkte bedeutsam gewesen: Der Vertrag von Versailles hat die Unabhängigkeit Polens begründet. Die Unabhängigkeit Polens muß geschützt bleiben. Der Vertrag von Versailles hat die westlichen Grenzen Polens festgelegt. Sie sind nicht nur ein Schutz für Polen selbst, sondern sie sind bestimmt, auch Europa eine Sicherheit zu geben. Die Grenzen werden aufrechterhalten.“

Lord George führte am Montag im englischen Unterhause aus:

„Würde die Sowjetregierung Bedingungen stellen, die der Unabhängigkeit ein Ende bereiten, so würde ein schwieriger Zustand und eine Gefahr für den Frieden Europas entstehen, wenn man ein großes aggressives Sowjetreich erhalte, das an Deutschlands Grenze die Konferenz in Wien ergebnislos verlaufe, werde ein wirtschaftlicher Druck auf Sowjetrußland ausgeübt werden.“

Wenn die englische Regierung gegenüber Rußland jetzt mehr Nachgiebigkeit beweist, so ist das einzig und allein dem wachsenden Druck der englischen Arbeiterpartei zuzuschreiben. Wir haben gestern schon auf diesen Druck durch eine Meldung hingewiesen, die wir heute wie folgt ergänzen können:

„Die Gruppe der Arbeiterpartei hat im Verlaufe einer Sitzung eine Protestresolution gegen jeden Krieg der Alliierten gegen die Sowjetregierung angenommen und die Warnung erlassen, daß die organisierte Arbeiterkraft diesen Krieg zu verhindern einberufe, auf der alle Arbeiter aufgerufen würden, das industrielle Leben zu überorganisieren und den Krieg durch einen Streik unmöglich zu machen. Die Exekutivkommission der Zweigorganisationen in ganz England würden ebenfalls aufgefordert, sich bereit zu halten, sofort nach London abzureisen, um dort eine nationale Konferenz abzuhalten, in der sie aufgefordert werden, ihre Parteigenossen zu informieren, auf eine Nachricht dieser Konferenz hin sofort in den Streik zu treten.“

Lord George hat begriffen, daß er gegen den Willen der Arbeiter keinen Krieg führen kann. Hoffentlich müssen das auch die anderen Staatsmänner noch erkennen lernen.

Die europäische Krise und die Arbeiterbemerkenswerte Meinungen eines deutsch-nationalen Abgeordneten

In bemerkenswertem Gegensatz zu der üblichen reaktionären Presse, die die Anrufe der sozialistischen Parteien zum Schutze der deutschen Neutralität fast durchweg absichtlich kritisiert, äußert sich im Reichstagsabgeordnete Prof. Dr. Hoeslich. Er führt aus:

„Die Gefahr des Volksevidenz ist vornehmlich eine innere Frage, für uns also eine Frage der inneren Entwicklung in der deutschen Arbeiterklasse und der deutschen Wirtschaftskrise dieser Wochen und Monate. Durch die Haltung der Entente und die Vorgänge im Osten wird sie ohne Zweifel verschärft. Aber verbinden diese Dinge nicht gerade die Arbeiterklasse doch wieder enger mit dem eigenen Staate und seiner Wirtschaft? In Sparta trat in der Rede des Abgeordneten Due die deutschen Bergarbeiter auf den Plan der großen Politik, mit der Ueberwachung und Kontrolle fremder Militärtransporte in Deutschland tun legt die deutschen Eisenbahn- und Transportarbeiter das gleiche in ihrem Interesse, aber sie handeln damit auch für Deutschland und für die Erhaltung der deutschen Reichsneutralität. Die große außenpolitische Krise, in der wir stehen, die uns jeden Augenblick vor schwere Gefahren stellen kann, hätte ein Ende, wenn

sie die miteinander Ringenden, wie Feinde sich gebärdenden Klassen unseres Volkes einander näher führte in der gemeinsamen Abwehr gegen die Gefahren von außen.

Das ist sehr vernünftig gedacht. Die Reichsneutralität kann heute vorzugsweise durch die Arbeiter gewahrt werden. Woran wir gelegentlich erinnern werden.

Eine notwendige Mahnung des Reichsverkehrsministeriums

Der Reichsverkehrsminister hat alle Reichsbahnbehörden nochmals angewiesen, streng nach der Verordnung der Reichsregierung vom 30. Juli zu verfahren, in der alle Güter aufgeführt sind, deren Aus- und Durchfuhr nach kriegsführenden Ländern auf Grund der Neutralität Deutschlands verboten ist. Er ordnet an, den Inhalt dieser Verordnung allen Eisenbahnbediensteten bekannt zu geben und dabei nachdrücklich zu betonen, daß willkürliche Erweiterungen der Sperremaßnahmen und alle eigenmächtigen Eingriffe in den Betrieb durch Nebenstellen der Verwaltung oder durch betriebsfremde Personen unzulässig sind, und daß durch sie gerade die Kriegsgefahr herbeigeführt wird, deren Beseitigung die Reichsregierung sich zum Ziel gesetzt hat.

Auch das sind deutsche Richter! Richterliche Boykottversuche gegen einen demokratischen Kollegen

Der sächsische demokratische Reichstagsabgeordnete Roda auf, Landgerichtsrat in Chemnitz, übergibt der Presse ein Schriftstück aus der Kriegszeit, das einen Versuch seiner sächsischen Richterkollegen darstellt, ihn wegen seiner politischen Gesinnung zu boykottieren. Das Schreiben lautet:

Chemnitz, den 6. Februar 1918.

Sehr geehrter Herr Präsident!

Euer Hochwohlgeboren als Vorsitzender des Sächsischen Richtervereins bitten wir sehr ergebenst, zu erwägen, ob es nicht geboten wäre, die Ausschließung des Landgerichtsrats Roda auf aus dem Vereine herbeizuführen. Wir halten dies für nötig. Mit gewiß sehr vielen anderen Mitgliedern des Vereins nehmen wir an dem demagogischen Treiben Roda auf's allergrößten. Die Art und Weise, wie er seine verkehrten politischen Ansichten zur Geltung zu bringen sucht, wie er als königlicher Beamter gegen die Regierung ankämpft, ja sogar die Vorzüge der Sozialdemokratie gegen diese noch dazu in der gegenwärtigen Zeit unterstützt, ist außerordentlich bewunderlich. Kann bedauerlicherweise gegen diesen nicht dieksinnig eingeschritten werden, so ist umsomehr geboten, daß seine Standesgenossen gegen ihn, und zwar auch in der Öffentlichkeit, Stellung nehmen.

In vorzüglicher Hochachtung sehr ergebenst
Amtsgerichtspräsident Kaufsch, Oberamtsrichter Gähner, Oberamtsrichter Thorn, Oberamtsrichter Dr. Anasch.

Dieses sind die Richter, die nachher in politischen Prozessen Urteile fällen, über die man nach diesem Schreiben nicht mehr zu staunen braucht. Die Herren können sich nicht wundern, wenn auf Grund solcher Dokumente das Vertrauen in die Unparteilichkeit der Justiz immer weiteren Volksteilen vollkommen verloren geht.

Spartakistische Hoffnungen und Pläne

Die kommunistische „Rote Fahne“ brachte einen Aufruf der kommunistischen Partei (Spartakusbund), durch Massenkundgebungen und Mitwirkung beim Anhalten der französischen Munitions- und Truppentransporte die deutsche Neutralität zu schützen. Das Blatt verhängt diesen Aufruf durch die Aufforderung an die gesamte Arbeiterklasse, Truppentransporten der Entente beim Durchzug jedes nur mögliche Hindernis in den Weg zu legen und die Eisenbahner bei der Sabotage dieser Transporte wirksam zu unterstützen. Weiter heißt es:

„Bricht die deutsche Regierung die Neutralität oder unterstützt sie auch nur indirekt den Feldzug gegen Sowjet-Rußland, dann muß der Kampf gegen diese Regierung mit aller Kraft aufgenommen werden, dann ist der Generalstreik und der bewaffnete Aufruf das einzige Mittel zur Rettung vor dem Untergang.“

Die Leitung dieses Kampfes dürfte, so wird betont, nicht wieder in der Hand der Gewerkschaftsführer und der politischen Parteien liegen, vielmehr seien sofort beim Eintritt

ihre Mann, am Fenster stehend, sich zu besonderer Ergründung eine Sabanna aus dem Sonntagsgläubigen angezündet hatte. „Heinz!“ rief sie jubelnd ihm entgegen, wie vorzeiten ihre Mutter es gerufen hatte, „Nachricht von Heinz! Er lebt, er wird bald bei uns sein!“ Und mit überfließenden Worten erzählte sie, was sie unten im Flur erlautet hat. Wörtlich aber hielt sie inne und sah auf ihren Mann, der nachdenklich die Rauchschwaden vor sich hinblies.

„Christiani!“ rief sie und triete vor ihm hin; „mein einziger Bruder! Freust du dich denn nicht?“

Der junge Mann legte die Hand auf ihren Kopf. „Verschweig mir, Heinz; es kam so unerwartet; dein Bruder ist für mich noch gar nicht dagewesen; es wird ja nun so vieles anders werden.“ Und besuchsam und verständig, wie es sich für einen wohlbedenkenden Mann geziemt, begann er dann ihr darzulegen, wie durch diese nicht mehr vermutete Heimkehr die Grundlagen ihrer künftigen Existenz beschränkt, ja vielleicht erschüttert würden. Daß seinerseits die Verschollenheit des Haussohnes, wenn auch ihm selbst kaum einwennig stand, wenigstens den zweiten Grund zum Werden um Hans Adams Tochter abzugeben habe, das ließ er freilich nicht zu Worte kommen, so aufdringlich es auch jetzt vor seiner Seele stand.

Frau Lina hatte aufmerksam zugehört. Da aber ihr Mann jetzt schwieg, schüttelte sie nur lächelnd ihren Kopf: „Du sollst ihn nur erst kennen lernen; oh, Heinz war niemals eigenwillig.“

Er sah sie herzlich an. „Gewiß, Lina; wir müssen uns dazwischen zu finden wissen; um desto besser, wenn er wiederkehrt, wie du ihn einst gefannt hast.“

Die junge Frau schlug den Arm um ihres Mannes Nacken: „O, du bist gut, Christiani! Gewiß, ihr werdet Freunde werden!“

Dann ging sie hinaus; in die Schlafkammer, in die beste Stube, an den Herd; aber ihre Augen blinzelten nicht mehr so froh, es war auf ihre Freude doch ein Reiz gefallen. Nicht, daß die Nebenbuhlerin ihres Mannes auch ihr Herz bedrängte; nein, aber daß sie etwas überbauht nur sein könne; sie mußte selber kaum, weshalb ihr alles jetzt so öde schien.

Einige Tage später war Frau Lina beschäftigt, in dem Oberbau die Kommer für den Bruder zu bereiten; aber auch heute war ihr die Brust nicht freier. Der Brief, worin der Vater sein und des Sohnes Ankunft gemeldet hatte, enthielt kein Wort von einem frohen Wiedersehen zwischen beiden; wohl aber ergab der weitere Inhalt, daß der Wiederbekundene sich anfangs unter seinem angenommenen Namen vor dem Vater zu verbergen gesucht habe und diesem wohl nur widerstrebend in die Heimat folgen werde.

Als dann an dem bezeichneten Sonntag abend das junge Ehepaar zu dem vor dem Hause haltenden Wagen hinausgetreten war, haben sie bei dem Rückblick, der aus dem offenen Flur fiel, einen Mann herabsteigen, dessen weitherhartes Antlitz mit dem rötlichen Vollbart und dem kurzgeschorenen braunen Saubhaar fast einen Bierziger andeuten schien; eine Narbe, die über Stirn und Auge lief, mochte indessen dazu beitragen, ihn älter erscheinen zu lassen, als er wirklich war. Nach ihm kletterte langsam Hans Kirch vom Wagen. „Nun, Heinz,“ sagte er, nacheinander auf die Benannten hinweisend, „das ist deine Schwester Lina und das ihr Mann Christiani Martens; ihr müßt euch zu vertragen suchen.“

Ebenso nacheinander streckte diesen jetzt Heinz die Hand entgegen und schüttelte die ihre kurz mit einem trockenen „Very well!“ Er tat dies mit einer unbeduldsamen Verlegenheit; mochte die Art seiner Heimkehr ihn bedrücken, oder fühlte er eine Zurückhaltung in der Begrüßung der Geschwister; denn freilich, sie hatten von dem Wiederkehrenden sich ein anderes Bild gemacht.

Nachdem alle in das Haus getreten waren, geleitete Frau Lina ihren Bruder die Treppe hinauf nach seiner Kammer. Es war nicht mehr dieselbe, in der er einst als Knabe geschlafen hatte, es war hier oben ja alles neu geworden; aber er schien nicht darauf zu achten. Die junge Frau legte das Reisegepäck, das sie ihm nachgetragen hatte, auf den Fußboden. „Hier ist dein Bett,“ sagte sie dann, indem sie die weiße Schutzdecke abnahm und zusammenlegte; „Heinz, mein Bruder, du sollst recht sanft hier schlafen!“

(Fortsetzung folgt)

den Generalstreit politische Arbeiterräte für jeden Ort und jeden Bezirk zu wählen, die sich zu gemeinsamen Handlungen zusammenschließen hätten.

Aus diesen Ausführungen des kommunistischen Organs ist klar zu erkennen, daß die Kommunisten förmlich nach dem Moment lechzen, um Generalstreiks und bewaffneten Aufruhr herbeiführen zu können. Sie wollen ja auch in erster Linie getrümmert und vernichtet, nicht aber aufbauen. Das Geschrei vom angeblichen Bruch der Neutralität wird daher sehr bald erschallen, um den Versuch zu machen, die Arbeiter zu sinnlosen Putzschritten zu treiben. Wir erwarten, daß sich die Arbeiterchaft dazu aber nicht mißbrauchen läßt.

Badische Politik

Gründung einer Wassergenossenschaft. Vorige Woche erfolgte in Ringolsheim auf der zu diesem Zwecke anberaumten Abstimmungstagung, nachdem die Wochen zuvor durch Bürgerausschüsse beschlossene der beteiligten 11 Gemeinden eine Mehrheit für das Projekt zustande gekommen war, die Gründung der bitternotwendigen und für die Landeskultur bedeutungsvollen Wassergenossenschaft zur Räumung, Gerabe, und Tieferelegung des Rahr- und Rahrabens. Es sind 6 Gemeinden aus dem Bezirk Wiesloch, 4 aus dem Bezirk Bruchsal und 1 aus dem Bezirk Schwetzingen beteiligt. Die Staatsregierung hat einen ganz erheblichen Zuschuß bewilligt und die umfangreichen Vorarbeiten aus Staatsmitteln bestritten.

Badische Kraftverkehrs-Gesellschaft. In Karlsruhe wurde die badische Kraftverkehrs-Gesellschaft m. B. G. gegründet, zur Herstellung von Kraftkraftwagen während der Güterverkehrsnot. Gründer der Gesellschaft sind das Deutsche Reich und der badische Staat. Die Gesellschaft hat dem Reiche die in Baden befindlichen Kraftfahrzeuge und Geräte der früheren Heimatkonnen unter günstigen Bedingungen zum Teil als Darlehen übernommen. In dem Gründungsvertrag wurde eine Beteiligung der Kreise und Städte vorbehalten. Die Gesellschaft unterhält bereits Verkehrsabteilungen in Mannheim, Karlsruhe, Freiburg und außerdem größere Werkstättenkommandos in Heidelberg und Speyer. Sie ist zur Zeit mit dem Übernehmen Kraftwagen in der Lage, allen Anforderungen nach Bestellung von Kraftkraftwagen innerhalb Badens gerecht zu werden. Sie will ihre Kraftfahrzeuge den Behörden, der Industrie, dem Handel und Gewerbe zum Selbstkostenpreis mietweise zur Verfügung stellen. Sie sollen in erster Linie der Beförderung von Lebensmitteln, Kohlen, Schotter, Baumaterialien, landwirtschaftlichen Erzeugnissen dienen.

Ueber die Förderung der Ausbildung tüchtiger und bedürftiger Schüler hat das badische Unterrichtsministerium eine Anweisung ergehen lassen, in der betont wird, daß es bei der Beurteilung von Beihilfegebern für bedürftige Schüler nicht gilt, den Zugang zu den gelehrten Berufen zu fördern, sondern daß den begabten würdigen jungen Leuten die Möglichkeit gegeben wird, im öffentlichen Leben, oder in Handel und Industrie in eine Stellung zu gelangen, in der sie der Allgemeinheit nützen, die zu erlangen ihnen aber aus eigenen Mitteln nicht möglich wäre.

Zur Wiedereinführung der geteilten Arbeitszeit. Zu der Abicht der Regierung, wieder zur geteilten Arbeitszeit zurückzukehren, hat der Bad. Beamtenbund anlässlich einer Besprechung mit dem Haushaltsausschuß des Landtages mit diesem vereinbart, daß über die Aufhebung oder Beibehaltung der ungeteilten Arbeitszeit zunächst eine Abstimmung der gesamten Arbeiterchaft herbeigeführt wird, wie dies auch seinerzeit vor Einführung der ungeteilten Arbeitszeit geschehen war. In der gleichen Sitzung des Haushaltsausschusses hat der Beamtenbund auf Anregung der Regierung zugestimmt bei seinen Mitgliedern auf die Einhaltung der 48stündigen Wochenarbeit hinzuwirken. Dabei wurde jedoch vom Haushaltsausschuß auf Antrag des Beamtenbundes für den Fall, daß die Abstimmung zur Aufhebung der ungeteilten Arbeitszeit führen würde, folgende Zusicherung gemacht: 1. Den vom Dienstlich weit entfernt wohnenden Beamten soll auf Antrag die ungeteilte Arbeitszeit auch fernerhin ausgenommen werden. 2. Der freie Samstagmittag wird unter Wahrung der 48-Stundenwoche ungeteilt erhalten. 3. Die weitere Durchführung ist Sache der Dienststellenaufsicht.

Sum Streit über den Gewerbetreibenden. Zur Erweiterung auf die Neuerungen des „Studentenausschusses der Baugewerkschule“ werden wir um Aufnahme folgender herkömmlicher Bestimmungen ersucht: 1. Der Vorsitzende des „Verbandes der Baugewerkschulmänner“ befindet sich nicht in der im Juni abgehaltenen Berufsschulenkongress und kann somit in derselben unmöglich die Ullassung der Baugewerkschulabsolventen

zur Gewerbetreibendenbestimmung bestimmt haben. — 2. Die in dieser Sitzung von einem Vertreter des Baugewerkschulmännerverbandes hinsichtlich der Verwendung mittlerer Techniker im Baugewerkschuldienst abgegebene Erklärung knüpft sich an bestimmte Bedingungen bezüglich gewisser Vorübertritt in das Lehramt zu erwerbender Lehrern und Erzieherqualitäten, deren Angabe in der fraglichen Entgegnung des „Studentenausschusses“ unterlassen wurde. Diese Feststellungen kennzeichnen das Bestreben des „Studentenausschusses“ der Baugewerkschule, sogar unter Anwendung unlauterer Mittel die öffentliche Meinung irrezuführen.

Die Staatspräsidenten-Pension

In unserem Mannheimer Bruderblatt äußert Gen. Harpuder sich eingehend über die Bewilligung eines Ruhegehalts an den Genossen G. e. f. Harpuder schreibt u. a.:

„Wie aus unseren bisherigen Bemerkungen zu dieser wahrlich sehr unerquidlichen Angelegenheit hervorgeht, ist unsere Stellungnahme gegen die vom Landtag angenommene Pension im wesentlichen von dem prinzipiellen Gesichtspunkt orientiert, daß ein parlamentarischer Minister oder Staatspräsident etwas grundsätzlich anderes ist als ein Beamtenamtlicher in früherem Regime, daß darum auch die Gewährung irgendwelcher Pensionen oder Ruhegehälts an parlamentarische Regierungsmitglieder, die ja nichts anderes darstellen, als einen vom Parlament für die in seinem Namen und in seinem Sinne zu erfolgende Ausübung der Staatsgeschäfte getreuig bestellten Ausschuss aus seiner Mitte — ohne daß damit der Abgeordnete aufhöre, seinem hauptsächlichsten Berufe nach auch weiter Abgeordneter, vom Volk gewählter Parlamentarier zu bleiben — mit dem Geiste eben dieses parlamentarisch-demokratischen Systems unvereinbar ist. Wäre unser deutsches und in ihm unter badisches Staatswesen als parlamentarische Demokratie nicht so jungen Datums, wäre sie mit dem Wesen des parlamentarischen Regierungssystems und den mannigfaltigen Ausprägungen desselben vertrauter, als es in Wahrheit manchmal ist, hätte es die Kinder- und Uebergangsfrankheiten, denen jeder plötzliche Wechsel in neue Epochen unterliegt, schon früher überstanden, so wäre wohl niemand auch nur auf den Gedanken gekommen, für ein auscheidendes Regierungsmitglied — und ein solches auch der Staatspräsident — aus der Periode des Oberrichts- und Beamtenamtes den für einen Parlamentarier — sprechen wir es ruhig aus — direkt unwürdigen Brauch lebenslänglicher Ruhegehälts (der schon früher ein Mißbrauch war, weshalb wir ihn auch bekämpft) in die neue Zeit hinüberzutragen. Gerade aber, weil es sich hier um eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung handelt, gerade deshalb mußte dagegen klar entschiedene Stellung genommen werden; auch jetzt, wo das Volk bereits gewöhnt ist und seine Korrekturen seltenerer Mühe und unangenehmer Begleiterscheinungen kosten wird als seine Veränderung gleich beim Entlassen des Beamten.“

Was in einem Sonderfalle einem Staatspräsidenten oder einem Minister geschieht worden ist, wird künftig keinem anderen mehr grundsätzlich verjagt werden können; denn ein Ruhegehalt ist geschaffen, der nicht mehr aus der Welt gedrückt werden kann, und man bedenklich, welche Konsequenzen es für das parlamentarische System bei dem raschen Wechsel der Minister hätte, wollte man — und logischerweise müßte man es — jedem auscheidenden Regierungsmitglied in gleicher Weise Pensionen gewähren.

Wir wissen, daß der Landtag gleichzeitig ein Gesetz beschlossen hat, wonach auscheidende Minister jedes Monate lang ihren Gehalt fortbezahlt erhalten sollen: eine Bestimmung, die wir durchaus verständlich finden und gerne billigen. Der Landtag hätte also selbst, daß ein Wechsel im Falle des Staatspräsidenten zu unbilligen Konsequenzen führen würde und daß ihnen durch seine allgemeinen Bestimmungen über auscheidende Minister die Spitze ab, daß die Staatspräsidenten-Pension den Charakter einer Sonder- und Ausnahmebestimmung annahm und im Sinne von Regierung und Landtag aus annehmen sollte. Nun sind wir die letzten, die Motive zu verkennen, aus denen heraus beide ihren Beschluß faßten; sie sind aller Achtung wert und mögen manchen für sich haben. Die Regierung und Landtag, so können auch wir dem Genossen Geiß alles Mögliche und Gute. Wir wissen wie sie, daß es ihm nicht leicht gefallen ist, daß Amt des Staatspräsidenten auf sich zu nehmen, und wir wissen ebenfalls, daß ihm daraus vielleicht auch manche wirtschaftliche Opfer erwachsen sind. Aber in der Politik müssen alle persönlichen Gründe und persönlichen Momente völlig in den Hintergrund treten. Hier kann es nur gleiches Maß für alle und eine klare und gerade Linie und konsequentes Festhalten an den grundsätzlichen Gesichtspunkten. Diese aber sprechen hier in schärfster Weise gegen den Pensionsbeschluß.

ist der Karren verfahren und es wird nicht leicht sein, ihn wieder auf die gerade Bahn zu bringen. Gerade deshalb aber, weil wir voraussehen, wieviel böses Blut die Sache in unseren eigenen Reihen und wieviel Agitationsstoff sie unteren Gegnern von rechts und links schaffen werde, gerade deshalb haben wir uns bereits vor mehr als sieben Wochen als wir zum ersten Male von dem Plan hörten, verpflichtet gefühlt, von unseren Auffassungen und Bedenken einem einflussreichen Mitglied unserer Fraktion und auch Mitgliedern des Bezirksvorstandes Mitteilung zu machen und auf diesem Wege zu versuchen, die Angelegenheit noch, vor sie das Licht der Öffentlichkeit erblühte, abzuwischen. Leider nicht mit dem gewünschten Erfolge. . . .

Darum auch teilen wir nach wie vor die Anschauung jenes Teiles des Bezirksvorstandes, daß es notwendig ist, die ganze Sache nochmals im Gesamtsitzungsvorstand zur Sprache zu bringen und in Gemeinschaft mit unserer Fraktion und der Regierung nach dem Mittel zu suchen, um sie und ihre unangenehmen Folgen aus dem Wege zu schaffen.“

Die grundsätzlichen Bedenken, die der Genosse Harpuder äußert, teilen auch wir. Dagegen glauben wir nicht, daß die aus einer ganz eigenartigen Situation heraus gewachsene Pension für den Genossen Geiß die Konsequenzen haben muß, die Genosse Harpuder befürchtet. Was bei einer nochmaligen Beratung der so unliebsamen Angelegenheit zwischen Regierung und Landtag Ersprießliches herauskommen soll, ist uns nicht recht verständlich. Der Beschluß des Landtages ist Gesetz geworden, das freilich auch vom Landtag wieder aufgehoben werden kann. Aber auch der Genosse Harpuder wird zugeben, daß besonders in einem solchen Falle die Aufhebung des Gesetzes eine recht mißliche Sache ist. Wir glauben allerdings, Genosse Harpuder denkt an eine Lösung auf anderem Wege, ohne daß im vorliegenden Falle das Gesetz aufgehoben zu werden braucht. Aber auch dann bleibt ein Rest, peinlich zu tragen. Mit der grundsätzlichen Verwahrung, die auch eine vorübergehende Wirkung für die Zukunft haben dürfte, könnte u. G. die Debatte über die Angelegenheit beendet werden.

Aus der Partei

Gemeindevertreterkongress

4. August, 9. Aug. Gestern fand im Lokal zum „Grünen Baum“ in Spöck für die Orte Bulach, Gagfeld, Büchig, Blankenloch, Staffort, Friedrichstal und Spöck eine Gemeindevertreterkongress statt. Anwesend waren 22 Gemeindevertreter, 5 Gemeinderäte und vom Bezirksvorstand Genosse Schmidt-Gagfeld, der die Kongress leitete. Nicht vertreten waren die Orte Büchig, Friedrichstal und Staffort; wir möchten die dortigen Genossen an dieser Stelle an ihre Pflichten erinnern, denn leider fehlen gerade diese Orte fast bei allen Zusammenkünften. Die Teilnahme an derartigen Kongressen ist aber für alle Genossen äußerst wichtig. Genosse G. u. n. Stillingen sowie die Genossin K. e. h. D. u. l. d. h. hielten die einleitenden Referate und erzielten für ihre gemeinverständlichen Ausführungen über kommunalpolitische Fragen lebhaft Zustimmung. Nach einer kurzen Debatte, die in zustimmendem Sinne zu den Referaten sich bewegte, konnte die Kongress nach dreistündiger Dauer geschlossen werden.

4. Kreis. Einnahmen für die Wahlklasse an Wahlsondarmarkten: Waltersweiler 22 M., Kappelrodt 69 M., Schapbach (2. Rate) 13 M., Langenwinzel 7 M.

Soziale Rundschau

Weitere Verschlechterung der Lage des Arbeitsmarktes

Die Lage des Arbeitsmarktes zeigt in der Woche vom 30. Juli bis 5. August in Baden das gleiche ungunstige Bild, wie in der Vorwoche. Arbeitszeitverkürzung und tagweise Schließung von Betrieben mußten wieder in größerer Zahl vorgenommen werden. Besonders fällt die zunehmende Verschlechterung der Textilindustrie ins Auge und es steht zu befürchten, daß die kommenden Tage außer den heute vorliegenden Meldungen weitere ungunstige Berichte bringen werden. Ein ähnliches Bild zeigt die Zementindustrie zu bringen; auch hier sind bereits einige kleinere Betriebe stillgelegt worden. In der Metall- und Maschinenindustrie einschließlich Bijouterieindustrie, sowie in der Holzindustrie hält die gedrückte Marktlage auch weiterhin an. Insgesamt eine kleine Besserung aber auch in keinem Berufszweige festzustellen. Man ist daher bereits überall zu Notstandsarbeiten gezwungen.

Kleines feuilleton

Armes Volk

„Die einzige Möglichkeit, unser armes Volk wieder emporzubringen, ist Arbeit und wieder Arbeit“, jagte der Schieber und bewachte bei seinem zweiten Frühstück (Mäusjaraal, Erdbeeren, Burgunder) noch eine Stunde.

Der Lehrer: „Das einzige, was unserem armen Volke helfen kann, ist die Heranbildung charakterfester, unbezugamer Männer. Meier, nennen Sie mir aus der Geschichte noch ein paar Beispiele solcher echt deutschen Gesinnung.“

Der Schüler: „Karl Marx, Lassalle, Hebel, Liebknecht.“

„Sehen Sie sich. Ich werde Sie wegen Angehörig ins Massenbuch eintragen. Antworten Sie, von Strachwitz, auf meine Frage.“

„Germann der Cherusker, Titus, Rudendorff.“

„Ausgesprochen, lieber Freund. Unser armes Volk wird noch Freude an Ihnen erleben.“

„Und darum, anständige Gemeinde, gibt es für unser armes, gedemütigtes Volk nur eine Möglichkeit zum Aufstieg, das ist, vorläufig die Zähne zusammenbeißen, aber wenn die Stunde der Vergeltung gekommen ist, blutige Rache an den Feinden zu üben für die Schmach, die sie über unser unschuldiges Vaterland gebracht haben.“

Nach fünf Minuten: „Und vergiß uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unseren Schuldigern.“

„Ich kenne keine Parteien mehr. Ich kenne nur noch Abonnenten“, jagte Stinnes und kaufte die neuhumbertneunundneunzigste Zeitung. Lucian im „Vorwärts“.

Die goldene Zeit der Verbrechertwelt.

Während es den meisten Menschen in diesen traurigen Tagen schlecht geht, hat nur eine Menschenklasse goldene Zeiten: die Verbrecher. Doch die Feinde des Gesetzes und der Ordnung heute so zahlreich sind und so viel verdienen wie noch nie, davon können wir uns tagtäglich aus der Chronik der Missetaten überzeugen. Aber recht eindringlich wird uns diese Wüste des Verbrechertums erst durch die Mitteilung eines Hochmannes benachteiligt, der genau Bescheid weiß. Ueber die Londoner Verhältnisse in dieser Hinsicht hat der Oberinspektor der Londoner Polizei Sir Leonard Dunning befragende Mitteilungen gemacht. Er erklärt, daß gegenwärtig mehr Leute von Verbrechen leben und zwar glanzvoll leben, als je zuvor. Es gibt Tausende von gebildeten, elegant gekleideten Leuten in London, die das Ver-

brechen zu ihrem einzigen Beruf erwählt haben. Die Reichen der Judendiebstahl, der Raubspiele, der Bauernfänger, der Taschendiebe und Einbrecher haben großen Zugang erhalten, und die unnormalen Verhältnisse, die als Folgeerscheinungen des Krieges eingegriffen sind, begünstigen ihre Tätigkeit. Nach Dunning's Ansicht hat es auch niemals so viel Leute gegeben, die unabsichtlich durch ihre Progrei und ihren Leichtsinn die Arbeit der Verbrecher und Diebe unterstützen.

Männer und Frauen aus der weitverbreiteten Gattung der Kriegsgewinner und Schieber laden mit ihren ostentativ zur Schau getragenen Edelsteinen und Schmuckstücken geradezu zu Raub und Diebstahl ein. Niemals war es dem Hochapler und Bauernfänger so leicht gemacht wie jetzt, Leute kennen zu lernen, die die Taschen voll Geld haben und sich durch einen geschickten Trick hereinlegen lassen. Man muß aber auch zugeben, daß die Verbrecher von heute ihr Geschäft von Grund aus kennen und an Geschicklichkeit wie an Wagemut und Frechheit alles Frühere weit in den Schatten stellen. Die Verbrecher respektieren keine Person und keinen Ort; sie beschlehen die höchsten Persönlichkeiten und berauben die Gottesknechte. Nur ein einziges Gebot ist das Geld, und sie geben es ebenso rasch wieder aus, wie sie es gewinnen. Ein geschickter Dieb „berdient“ heutzutage Hunderttausende; er führt im schönsten Kratzwagen und lebt in einer elegant ausgestatteten Wohnung in der feinsten Gegend. Viele Hochapler arbeiten mit Frauen, die so vornehm und fein auftreten wie Damen der Gesellschaft und ihnen als Köder dienen. „Ich fröhliche neulich in einem der besten Restaurants“, erzählt der Kriminalist, „am Tisch neben mir saßen vier Männer und zwei Frauen. Zwei von den Männern waren mir als alte Bekannte bekannt, und alle sechs Personen dieser eleganten Tafelrunde hatten bereits geessen. Ihre beiden teuren Automobile warteten auf sie auf der Straße.“

Theater, Kunst und Wissenschaft

Prüfungskonzerte des Post-Konservatoriums Karlsruhe. Den Schluß der Prüfungsvorspiele bestritten die Anfangs- und Mittelklassen mit einem reichhaltigen Programm auf dem Gebiet der Klavier- und Streichmusik. Auf die eingehende Würdigung der einzelnen Darbietungen einzugehen, würde bei der Fülle des Gebotenen zu weit führen. Sie liegen aber erkennen, daß die Schüler und Schülerinnen nicht nur technisch fortgeschritten sind, sondern auch die zum Erreichen des endlichen Zieles erforderliche Freude und Begeisterung an der Musik erlangt haben. Wenn der Lernende in der Musik und besonders auch in der technischen Uebung ein Gefühl der inneren Befriedigung empfindet, dann wird er das Ziel, in freiem Vortrag einen Kreis von Zuhörern erfreuen zu können, erreichen. Diesem Ziel zu dienen,

sehen Lehrer und Lehrerinnen unter der bewährten Leitung von Herrn Direktor Post ihre Kräfte und ihr ganzes Können ein.

Dr. K.

Der badische Kunstsalon in Karlsruhe ist es gelungen, ein altdeutscher Gemälde von hohem Rang (aus dem Ausland) zu erwerben und damit ein hochwertiges Kunstwerk seinem Heimatlande zurückzugeben. Es handelt sich um eine „Kreuzabgesung Christi“, die mit der bereits in der Kunstsalon befindlichen „Verpötlung Christi“ zu einem Altar zusammengelagert, als dessen Schöpfer man den jenen, Hausbuanmeister erkennen zu dürfen glaubt, eine der originellsten Künstlerpersönlichkeiten vor Direr. Das Bild ist in einem selten guten Erhaltungszustande und wird anlässlich der Neuordnung der altdeutschen Bilder feinerzeit der Öffentlichkeit vorgeführt werden.

Eine erfreuliche Nachricht aus dem Buchhandel wird uns aus Leipzig übermittel. Nach den neuesten Bestimmungen des Börsenvereins der deutschen Buchhändler ist es durch Entgegenkommen des Verlages den Sortimentern möglich geworden, zeitlich Meclams Universal-Bibliothek ohne den bisher üblichen Sortimenterszuschlag zu verlaufen, jedoch jetzt die Einzelnummer um 25 Pfg. billiger ist und statt 1.75 M nur 1.50 M kostet. Diese Nachricht, daß für das geistige Brot des deutschen Volkes eine Preisverminderung von 20 Proz. eintritt, wird gewiß in weitesten Kreisen mit Genugtuung begrüßt werden.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften

(Alle hier angeführten und besprochenen Bücher und Zeitschriften sind von unserer Parteibuchhandlung zu beziehen.)

Geschlechtskrankheiten und Ehe von Univ.-Prof. Dr. von Rothschaff-München, 11. Tausend, 200 Seiten, zahlreiche Abbildungen, geschmackvoll geb. 5.10 M (einschl. aller Zuschläge). Max Desses Verlag, Berlin W. 15. — Das vorliegende Buch verfolgt viel weiter gesteckte Ziel als die zahlreichen, mehr oder minder guten Abhandlungen über Geschlechtsleiden. Prof. Rothschaff gibt zunächst eine ausführliche Darstellung des so ungemein mannigfaltigen Krankheitsbildes der Geschlechtskrankheiten, verbreitet sich dann über die Bedeutung und Folgen der Geschlechtskrankheiten namentlich für die Ehe und bespricht ausführlich die Vorbeugungsmethoden und den heutigen Stand der Behandlungsmethoden. Besonders Augenmerk widmet der Verfasser dem aufsteigenden Geschlechtsverkehr als der Hauptquelle der Geschlechtskrankheiten; ein eigenes Kapitel ist der jetzt vielfach gestörten Unternehmung auf geschlechtliche Gesundheit und der Frage der Anzeigepflicht der Geschlechtskrankheiten gewidmet. Kurz, diese musterhafte Darstellung ist jedem reifen Menschen aufs wärmste empfohlen. Das Buch wird viel Licht und Trost spenden. Rg.

Gewerkschaftliches

An die Betriebsräte des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes in Baden.

Laut Regierungsverordnung sollen in den gewerblichen Betrieben ab 1. September neue Arbeitsordnungen zur Einführung gebracht werden. Die Verhandlungen haben sich mit dieser Frage eingehend beschäftigt und sind mit der Arbeitgeber-Organisation übereingekommen, zu versuchen, für das ganze Land innerhalb der badischen Arbeitsgemeinschaft der Textilindustrie für sämtliche Betriebe des Landes eine einheitliche Arbeitsordnung zu schaffen und haben zu diesem Zwecke bereits die Vorverhandlungen am Donnerstag, 6. August, in der „Krone“ in Vöhrbach stattgefunden. Nach neuerlicher Meldung soll versucht werden für die Textilindustrie Deutschlands eine Musterarbeitsordnung zu schaffen und wird zu diesem Zwecke der Sozialausschuß der Arbeitsgemeinschaft der Textilindustrie Deutschlands in Berlin am 19. August zu einer Beratung zusammenzutreten.

Wir erlauben unsere Betriebsräte, vorerst keinerlei Verhandlungen über diese Frage in den einzelnen Betrieben aufzunehmen und falls einzelne Arbeitgeber dennoch an die Betriebsräte herantreten sollten, jegliche Verhandlungen darüber abzulehnen und eventl. Unterschriften zu verweigern. Die Organisationsleitungen werden die Betriebsräte über obige Frage auf dem Laufenden halten und falls notwendig, weitere Verhaltensmaßnahmen herausgeben.

Der deutsche Textilarbeiterverband bittet seine Betriebsräte, davon Kenntnis zu nehmen und dies genau zu beachten.

Aus dem Lande

a. Unterwisheim, 9. Aug. Eine rohe Tat. Eine ruhmlose Tat verübte gestern abend zwischen 10 und 11 Uhr der verheiratete Herrmann Malet, Sohn des hiesigen Bürgermeisters Malet. Ohne jeglichen Grund überfiel der Herr ein mehrjähriges Fräulein Verta Korn, das auf dem Heimweg begriffen war, dem er aufauerte, von hinten packte, es zu Boden schlug und so mißhandelte, daß das Fräulein aus Mund und Nase blutete. Diese Tat dürfte mit der hiesigen Bürgermeistertöchter zusammenhängen. Der Herr Bürgermeister versucht mit allen Mitteln sich auf seinem Posten zu behaupten, obgleich er für die Defektheit längst erkrankt ist. Das überfallene Fräulein beugte gestern abend eine Freundin und kam im Gespräch auch auf den Terrorismus zu sprechen, den der Herr Bürgermeister auf ihre Mutter ausübte. Die Tochter des Bürgermeisters horchte vor dem Hause — was sie überall tut, um was neues über ihren Herrn Vater zu hören. Sie holte dann ihren Bruder und Beide lauerten dann die Verta Korn ab und der Bruder fiel dann über das Fräulein in der gefährlichsten Weise her. Der tapferen Herr auferste sich noch im Anschlag an die Tat, daß er es in Zukunft Jedem so machen würde, nach der Strafe frage er nicht. Hoffentlich wird dem Herrn aber für diese ersten Helbertat schon ein Denzettel verabschiedet, daß er sich bewogen fühlt, nach der Strafe zu fragen. Mit Geldstrafe ist natürlich nichts zu erreichen. Solche Nothzeiten gehören mit Gefängnis geahndet.

Gernsbach, 8. Aug. Das schwere Unwetter, das am letzten Donnerstag bei Riefbaumwägen in den Gärten durch Hagelstich große Verwüstungen anrichtete hat auch in den Wäldungen schwer gehaust. Von der Gewalt des Sturmes kann man sich einen Begriff machen, wenn man erfährt, daß die stärksten Bäume nicht nur entwurzelt, sondern vielfach geschnitten und zersplittert wurden. Viele hunderte Festmeter Holz sind von dem Orkan zu Boden geschmettert worden.

Konstanz, 8. Aug. Um die Frage der Ausnützung der Werkkräfte des Rheins auf der Strecke Basel-Vodensee eingehend zu prüfen, ist Schweiz. Wittermeldungen zufolge auf Anregung der badischen Regierung von der Schweiz und von Baden je eine Kommission ernannt worden, die in den nächsten Tagen zusammenzutreten wird.

Die Demokratie bei der Reichswehr

Unsere kürzlichen Artikel über das Koalitionsrecht bei der Reichswehr, über den Reichswehrminister usw. haben anscheinend verschiedene Herren Offiziere stark verschüttelt. Einer der Artikel, der sich mit dem Koalitionsrecht der Soldaten befaßte, war von Angehörigen des in Karlsruhe liegenden 1. Bataillons des Reichswehrregiments Nr. 113 an der Anschlagtafel der Kasernen ausgehängt worden, um ihn zur Kenntnis der Soldaten zu bringen. Kaum hatte ein kleiner Teil der Mannschaft den Artikel gelesen, da erschien eine Gruppe Offiziere, rissen den Anschlag herunter und eilten wüthend zum Stabsgebäude zu. Ob sie mit dem beim Entwerfen des Artikels gebrauchten Ausdruck „Schweinehund“ die Soldaten oder den „Volksfreund“ oder den Artikelverfasser gemeint haben, oder alle zusammen, mag dahinstehen. Der Ausdruck zeigt aber, daß auch in der demokratischen, republikanischen Reichswehr immer noch die gute alte wilhelminische Tradition bezüglich der Umarmungsformen und des Jargons herrscht. — Daß den Herren Offizieren die modernen Einrichtungen des Heeres ein Greuel sind, geht aus ihrem Verhalten gegenüber den Bestimmungen zur Wahl von Vertrauensleuten hervor. Von der Interessenvertretung der Reichswehr des R. D. V. wollen sie absolut nichts wissen. Man suchte sogar die Wahl der Vertrauensleute zu beeinflussen, indem man die Wahl von Angehörigen des Reichswehrschaftsverbandes zur Heereskammer zu verhindern suchte und nur Leute, deren Namen auf dem vom Reichswehrgruppenkommando herausgegebenen Stimmzettel standen, gewählt haben wollte. Das ist die Freiheit der Wahl! Dies Vorgehen steht mit der Verfügung über die Wahl der Vertrauensleute im schärfsten Gegensatz. Trotz der geheimen Wahl will man Leute in die Heereskammer bringen, die gefällige Werkzeuge der Herren Vorgesetzten sind. In Karlsruhe war aber trotz aller Bemühungen ein Angehöriger des Reichswehrschaftsverbandes gewählt worden. Das Wehrkreiskommando Kassel verfügte die In-Marsch-Setzung des Mannes am 9. August zum Zusammenritt der Heereskammer. Was tut das Karlsruher Bataillon? Es läßt den Mann einfach nicht fort! Es ist dies der einfachste und bequemste Weg, um mißliebige Leute an der Ausübung der ihnen durch das Verträge ihrer Kameraden übertragenen Rechte zu verhindern. — Wehren kann man sich gegen diese Willkürlichkeiten nicht, denn nach dem Reichswehrminister fragen die Herren Offiziere ja sowieso nichts mehr; die Befehle des vorgehenden Kommandos in Kassel werden ebenfalls nicht ausgeführt, wie die Mißachtung der Verfügung betr. die Entsendung des gewählten Vertrauensmannes nach Berlin zeigt. Weg will den Herrn also befehlen? Wahrscheinlich, die „Herzlichkeit“ der republikanischen Wehr steht jener des feigen obersten Kriegsherrn bald in nichts mehr nach. Die Selbstherrlichkeit ist bereits unüberwindlich.

Vom Preisabbau

Meinlauferburg, 8. Aug. Ein Händler namens Wolf hatte Genehmigung vom Ministerium erhalten, 20 Stück Vieh im Bezirk Södingen aufzukaufen. Statt dessen kaufte er 40 Stück. Der Verladung widerrechtlich die Arbeiter der Rührwerke in Rhina, als die Tiere auf dem hiesigen Bahnhof verladen werden sollten. Auf ihre drohende Haltung ließ der Händler das Vieh im Stall und verduftete. Die Landwirte führten, obwohl sie zum Teil mehrere Stunden Weges zurückfahren mußten, ihr Vieh wieder nach Hause, nur etwa drei Stück haben gelangten in den Besitz der schnell herbeigeeilten einheimischen Metzger.

Eschach, 11. Aug. Die Arbeiterchaft der beiden hiesigen Fabriken ist in den Streik getreten und verlangt als einen Demonstrationstag wegen des Preisabbaues. Die Arbeiter fordern einen sofortigen Preisabbau von 50 Prozent aller Waren mit der Begründung, daß sie wöchentlich nur 3 Tage arbeiten können. Verhandlungen wurden eingeleitet.

Engen, 11. Aug. Am letzten Freitag sollten hier mehrere Eisenbahnwagen Schlagschnee verladen und, wie es hieß, nach Frankreich abtransportiert werden. Die Arbeiter der hiesigen Werke in Verbindung mit solchen von Engen verhinderten den Abtransport des Viehes. Mit den Viehkaufführern kam es zu erregten Ausritten. Erst als diese nachwiesen, daß das Vieh für Karlsruhe bestimmt sei und auf einer hiesigen Bank 25 000 Mark hinterlegt, wurde der Transport genehmigt. Sobald die Schlagschneedirektion Karlsruhe die Ankunft des Viehs bekäme, wird der hinterlegte Betrag zurückgegeben.

Singen a. S., 7. Aug. Auf dem hiesigen Güterbahnhof, der für den großen Umschlagverkehr schon längst zu klein ist, hieß ein Güterzug auf einen anderen auf. Vier Wagen wurden vollständig zertrümmert. Ein Bremser konnte sich durch Abspringen retten.

Konstanz, 8. Aug. Der hiesige Weiteverein beschloß, künftig keinen höheren Preis als 110 M für den Feststoff Bier (er beträgt jetzt 180 M) zu zahlen und stellte den Bierbrauereien ein Ultimatum, falls sie das Bier zu diesem Preis bei einer Stammwürze von 43 Prozent nicht lieferten, den Bierbezug vollständig einzustellen.

Donaueschingen, 11. Aug. In einer Sitzung der für den Preisabbau gewählten Kommission wurde festgestellt, daß der Preisabbau nur ein vorübergehender ist, wenn sich nicht die Großhändler und Fabrikanten schleunigst daran beteiligen. Große Nebenbedingung ist die Mitteilung davor, wonach das hiesige städt. Elektrizitätswerk die Preise für Kraft und Lichtlieferung um 500 Prozent erhöhen will.

Mannheim, 11. Aug. Infolge Unbilligkeit ist die vierköpfige Familie der Witwe Barbara Weber erkrankt. Der neunjährige Sohn und die elfjährige Tochter sind an der Vergiftung gestorben, während die Witwe selbst und der zwölfjährige Sohn noch in Lebensgefahr schweben. Die Familie hatte die Milge im Waide selbst gekauft.

Genossenschaftsbewegung

Kriegsversicherungsasse der Volksfürsorge
Nachdem der Termin zur Einbringung der erforderlichen Papiere am 17. Juni 1920 abgelaufen ist, können nunmehr die Anträge auf Eintragung in den Kriegsanteilsfonds beginnen. Es stehen aus diesem Fonds 401 000 M zur Verfügung. 6102 Sterbefälle sind gemeldet worden, für die insgesamt 10 774 Anteilscheine gelöst wurden. Die somit auf jeden Anteilsschein entfallende und zur Auszahlung gelangende Summe beträgt — auf volle Mark nach oben abgerundet — 48 M.
Die Volksfürsorge richtet daher an alle diejenigen, die ihre Ansprüche unter Vorlage der Papiere rechtzeitig der Volksfürsorge gemeldet haben, die Aufforderung, die in ihrem Besitze befindlichen Anteilsscheine an das Hauptbüro der Volksfürsorge, Hamburg 5, beim Strohhause 88, 1., einzusenden und die letzte genaue Adresse auf dem Anteilsschein selbst auszugeben. An diese Adressen wird die Volksfürsorge von Hamburg aus direkt die Beträge zur Auszahlung bringen. Im Interesse einer schnellen Abwicklung der Angelegenheit ist es erwünscht, daß diesem Aufrufe sofort entsprochen wird.

Aus der Stadt

Karlsruhe, 12. August.
Was versteht man unter einer Goldmark?

Eine juristisch präzise Definition für diesen Begriff ist, wie das „Welt. Tagbl.“ bemerkt, weder im Friedensverträge gegeben worden, noch scheint in dem Koalitionskommen von Spa eine solche Definition gegeben worden zu sein. Der Sinn des Begriffs Goldmark besteht aber offenbar darin, daß die Wertbemessungsbasis von und nicht in der letzten valutarischen und fast entwerteten Papiermark zu entnehmen ist, sondern in der alten Reichsmark, die bekanntlich infolge der damaligen Umwälzung der Reichsbank an den Goldmarkt gebunden war oder, wie man zu sagen pflegt, die Goldparität besaß. Nach dem deutschen Münzgesetz war diese Bindung so beschaffen, daß 100 Gramm Gold einen festen Preis von 1800 M besaßen.

Eine Friedensmark war also gleich etwa 0,26 Gramm Gold, und diese 0,26 Gramm sind es demnach auch, die wir jetzt als Goldmark zu betrachten haben. In England stellt sich der Goldpreis zurzeit auf 107 Schilling für die Unze, und da die Unze 31,1 Gramm enthält, so würde eine Goldmark = 0,26 Gramm Gold, einen Preis von 127 Schilling haben, 127 Schilling repräsentieren aber nach dem heutigen Kursstand des Pfund Sterling in Deutschland von etwa 150 M einen Betrag von 9,5 Papiermark. Wenn die Goldmark auf 9,5 Papiermark anzuheben wäre, so würde der gesamte Aufschlag auf den Kostenpreis von 3 Goldmark sich auf 47,50 M stellen.

Zu ungefähre demselben Resultat käme man auch, wenn man die Dollarkäufkraft als diejenige, die heute praktisch noch eine reine Goldkäufkraft ist, der Berechnung der Goldmark zugrunde legte. Man würde dann einfach sagen, ein Dollar = 4,20 M Goldkäufkraft. Da der Valutadollar zurzeit in Berlin auf etwa 80 Papiermark steht, so würde sich bei dieser Berechnung ergeben, daß eine Goldmark so vielen Papiermark entspricht, als herauskommt, wenn man dem Dollarkurs von 80 durch 4,2 dividiert, nämlich etwa 19 Papiermark. Natürlich handelt es sich hierbei um Berechnungen, die nur für den jetzigen Stand der Papiermark zutreffen.

Verammlung der Gemeinde- und Staatsarbeiter
Die am Samstag im Lokal zum „Elefanten“ einberufene Mitgliederversammlung ertraute sich eines außerordentlich guten Besuchs. Die beiden ersten Tagesordnungspunkte, der Vortrag „Unsere Wirtschaftslage“ und die Berichtserstattung über die mit dem Städtetag geschlossenen Verhandlungen löste bei den Anwesenden ein äußerst reges Interesse aus.

Zum ersten Tagesordnungspunkt referierte Kollege Koch. In leicht verständlicher Weise schilderte er die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands seit den Vier Jahren bis zum Ausbruch des Krieges. Eingehend behandelte er die Haltung der Arbeiterchaft in dieser Entwicklungsperiode zum Industrieaufstieg, bis er bemerken die keine glückliche bezeichnete, weil sie dank der schwachen Organisationen nicht in der Lage war, eine auskömmliche Existenz zu erringen und Deutschland deshalb Schmutzkonfurrenz auf dem Weltmarkt treiben konnte. Nachdem der Referent die Arbeitslosigkeit mit dem Arbeitsmangel gestreift hatte, kam er auf den militärischen und wirtschaftlichen Zusammenhang und die Umstellung der Kriegsindustrie zur Friedensproduktion mit ihren Schwierigkeiten zu sprechen. Zum Schluß wandte sich Kol. Koch gegen den von verschiedenen Seiten geplanten Abau der Löhne und forderte die Anwesenden auf, im Kampfe gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus nicht zu erlahmen. — Der Vortrag fand allseitigen Beifall.

Kollege Pröblich erläuterte hierauf Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen mit dem Städtet. Nach einer von langer Dauer geführten Verhandlung ist

eine Einigung dahingehend zustande gekommen, daß eine Zulage für Verheiratete in Höhe von 10 Prozent, für Ledige in Höhe von 5 Prozent und eine Erhöhung der Minderzulage von 20 auf 50 M. Gleichzeitig konnte noch über weitere Verbesserungen verhandelt werden. In der Aussprache wurde zwar hervorgehoben, daß trotz alledem noch einige Mängel bestehen, die ohne weiteres beseitigt werden müssen. Nach Erlebung anderer geschäftlicher Dinge wurde die Versammlung um 7 Uhr geschlossen.

Wie verinnere ich meine Steuern?

In § 13 des Reichseinkommensteuergesetzes sind neben anderen Abgaben auch die Prämien für Lebensversicherungen bis zu jährlich 600 M für den Steuerpflichtigen und seine Angehörigen als abzugsberechtigt aufgeführt. Das war in Sachen bisher nicht zulässig. In drei Beispielen sei kurz erläutert, welche überausgehende Wirkung dieser Abzug in vielen Fällen auslösen kann.

Beispiel 1: Nehmen wir an, es verbliebe nach allen Abgaben ohne Lebensversicherung noch ein zu versteuerndes Einkommen von 12 000 M, so sind dafür 1860 M Steuern zu entrichten. Kann dieser Steuerpflichtige aber nachweisen, daß er noch jährlich insgesamt 420 M Prämien für Lebensversicherungen aufwendet, so hat er nur 11 580 M (es werden nur volle Hunderte berechnet) zu versteuern und somit 105 M Steuern weniger zu zahlen. Die Versicherung kostet ihn tatsächlich nicht 420, sondern nur 315 M.

Beispiel 2: Einem Ehepaar mit 3 Kindern verbleibt nach allen Abgaben noch ein Einkommen von 10 100 M. Da das Einkommen noch über 10 000 M beträgt, so bleiben Steuerfrei für den Mann 1500 M, für die Frau 500 M, für 3 Kinder (je 500) 1500 M, sodas von den 10 000 M noch 8500 M abgezogen werden können. Es sind also für 6600 M Einkommen 840 M Steuern zu entrichten.

Beispiel 3: Ist diese Familie noch in einer Lebensversicherung und wurden hierfür jährlich noch 120 M Prämien entrichtet, so würde das Einkommen von 10 000 M sich noch um diesen Betrag verringern, das Einkommen würde also auf unter 10 000 M, genau 9880 M, sinken. Es blieben dann aber Steuerfrei für den Mann und die Frau wie oben, für jedes Kind aber nicht nur 500, sondern 700 M, also insgesamt (1500 + 500 + 2100) 4100 M. Es sind nur noch zu versteuern 9880 weniger 4100 = 5780 M mit einem Steuerfuß von 736 M. Die 120 M Lebensversicherungsbeiträge ersparlichen also, das anstatt 840 M nur 736 M, also 104 M weniger Steuern zu zahlen sind. Der Staat zahlt gewissermaßen die gesamten Versicherungsbeiträge und noch darüber.

Die Fälle werden zahlreich sein, in denen durch eine Versicherungsprämie die 10 000 M-Grenze untergriecht wird oder werden könnte, oder doch eine niedrigere 1000 M-Stufe in Betracht kommt denn bei jeder Lebensversicherung einer 1000 M-Stufe wird eine um 1 vom Hundert höhere Steuer als in der vorherigen Stufe fällig. Die Expiration an Steuern kann eine fürtragliche Familiensteuer gar nicht besser als in der Lebensversicherung anlegen, schafft er doch sich und seinen Angehörigen damit gleichzeitig einen Schutz in allen Bedarfsfällen des Lebens. Und da für die Kopf- und handarbeitende Bevölkerung nur ihr eigenes sozialisiertes Versicherungsunternehmen, die „Volksfürsorge“, in Frage kommen darf, ist es notwendig, baldmöglichst Abschlüsse bei ihr zu tätigen. Auf Anforderung per Postkarte an die Geschäftsstelle der „Volksfürsorge“, Josefstr. 10, Karlsruhe, Südfischstraße 22, 4., erfolgt sofort Bescheid.

Sozialdemokratischer Verein — Bezirk Mühlbach. Ausnahmsweise findet diesmal unsere Versammlung am Samstag statt und zwar um halb 9 Uhr im „Büchlinges Läden“. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert zahlreicheren Besuch. Die Bezirksleitung ist neu zu wählen; auch bietet der Bericht von der Karlsruher Generalversammlung interessante Diskussionstoff. Also auf in die Versammlung!

Berein Arbeiter-Jugend Karlsruhe. Heute Abend 8 Uhr findet im Lokal zur „Gambinushalle“ ein Vortrag des Hrn. Oberlehrer P. H. Hatt über „Die Entwicklung der Landwirtschaft unter Berücksichtigung der dauerlichen Verhältnisse in Mittelbaden“. Es wird für die Jugendlichen interessant und lehrreich sein, auch auf dem Gebiete der Landwirtschaft von einem Kenner Aufschluß und Belehrung zu erhalten, weshalb alle Jugendgenossen und Jugendgenossinnen zu der Veranstaltung eingeladen werden. Auch die Eltern sind stets willkommen. Eintritt 10 Pf.

Ein neues Liebesgabenwert des Auslandes. Die Heilarmee, die sich schon bisher an dem Liebeswert des Auslandes für unsere notleidende Bevölkerung eifrig beteiligt hat, wird in der allernächsten Zeit eine besondere Hilfsaktion in zahlreichen Kundheitsstädten des Westens und Südens von Deutschland beginnen. In enger Zusammenarbeit mit dem „Deutschen Zentralausschuß für die Auslandsarbeit“ werden Abgänger der Heilarmee Milch, und zwar beste pasteurisierte Kondensierte Vollmilch, zur Verteilung bringen. In Aussicht genommen sind u. a. folgende Städte: Karlsruhe, Vöhrbach, Freiburg, Konstanz und Mannheim. Die Mittel für die Milchaktion fließen der Heilarmee aus dem englischen „Save the Soldiers“ fund zu. Die Gelder werden in den englischen Städten durch Haus-, Straßen- und Schulversammlungen zusammengebracht zur Linderung der Minderbedürfnisse in Europa.

Wieder in der Heimat. Gestern nachmittag traf ein Kinderzug vom Heuberg hier ein, allerdings mit der „kleinen“ Verpackung von ca. 1 Stunde. Auf dem Beron und in der Vorhalle des Bahnhofs hatten sich die Eltern und Angehörigen der Kinder in großer Zahl eingefunden, man merkte, daß kein „gewöhnlicher Zug“ erwartet wird. Und diese Tatsache bezeugte sich, als gegen 4 Uhr der schmalen Erwartete in die Halle einfuhr, denn da war ein Rubel, ein Überdunkel und ein herzliches Wiedersehen, wie es bei der Ankunft eines jeden Kindes nicht vorkommt. Und die Eltern und Kinder hatten auch allen Grund, sich herzlich zu freuen, denn die Kinder hatten fast ohne Ausnahme ein gesundes Aussehen, das keine Zeichen, daß die „Seubergkinder“ ihnen großen Gewinn für die Gesundheit gebracht hat. — Im gleichen Zuge befanden sich noch Kinder anderer Städte, die nach gleichen Jugs in ihre Heimatstadt weiterzogen.

Zum Direktor des neuen Kinderkrankenhaus in Karlsruhe. (Badische Landesanstalt für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge) wurde der a. o. Professor für Kinderheilkunde an der Universität Heidelberg und Oberarzt der dortigen Kinderklinik Dr. Franz Luft ernannt.

(1) Der Gesamtverein Badenien veranstaltet am kommenden Sonntag in der Festhalle Durlach eine Familienunterhaltung mit ausgedehntem Programm. (Siehe heutige Anz.)

Ausstellung über Beiträge für die Ferienpausierergänge. Verband der Maler 50 M, Steinmetzen-Verband 30 M, Sattler und Tapezierer 50 M, Landtagsabg. Horst 25 M, Landtagsabgeordneter Kaufh 10 M, Staatspräsident Heß 40 M, Landtagsabg. 2 M, Gen. Dr. Dieß 50 M, Rätevereiner Verbandsrat 10 M, Wehrgemeister Mar 5 M, Gen. Benker 10 M, Gelparbeiterverband 100 M, Gen. Siegmund 10 M, Lithographenverband 25 M, Verein der Ghorfänger 20 M, Deutscher Eisenbahnerverband 50 M, Verband der Kaufmännische 20 M, Verband der Arbeiter 30 M, Verband der Lederarbeiter 20 M, Gen. Dr. 5 M, wofür dankend quittiert Frau S. O. I., Autokraft 20.

Weitere Gaben werden entgegengenommen: Expedition des „Volksfreund“, Rulienstr. 24, sowie bei den Frauen: Schöpfung, Hubstr. 24, Fischgr. Morgenstr. 24, Schwarz, Schöpfungstr. 10, Günther, Schöpfungstr. 25, Grabl, Blumenstr. 8, Herberstr. 10, Hofstr. 14.

Sur Morbid bei Daglanden. Der schweizerische Ueberfall auf den Arbeiter Otto Schwall von Daglanden stellt sich immer mehr als ein wohl vorbereiteter Verbrechen heraus. Das Tragische ist dabei noch, daß das Opfer der Mordeuben ein anderer junger Mann gleichen Namens, Sohn eines Daglander Vaters, sein sollte. Wie wir hören, hatten die Mörder durch eine der mitverhafteten Frauenpersonen in Erfahrung gebracht, daß ein junger Mann namens Schwall am Samstagabend von Karlsrude mit einem größeren Geldbetrage kommen würde. Die Mordeuben lauerten diesem jungen Manne auf, verwechselten aber offenbar die Personen und überfielen und töteten den unglücklichen Otto Schwall, während das eigentliche Opfer etwa zwei Minuten später den Weg nach Daglanden ging; er sah das Aufblitzen des Revolvergeschusses, der ihm gefolgt sollte, aber den anderen niederstredte. Im ganzen sollen 5 Personen verhaftet sein, 3 Männer bzw. Väterchen und zwei Frauen.

Kleine Nachrichten

Köln. Der „Kölnischer Anzeiger“ meldet aus Schwertin einen nächtlichen Einbruch auf dem Gute des Freiherrn von Marschall in der Nähe von Hachtbühl. Das gesamte Familieninventar ist geraubt worden, das einen Wert von 80 000 M. hat. Die Familie des Gutsbesitzers, die im oberen Stadtwert wohnt, ist in Sicherheit geblieben.

Berlin. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist der deutschen Regierung eine Einladung zu der Genfer Konferenz bisher nicht zugegangen. Auch über den Termin ist nichts bekannt.

Berlin. Der deutsche Vorkämpfer Dr. Goff ist in Tokio eingetroffen und hat die Geschäfte der Vorkämpfer übernommen.

Berlin. Im Frankfurter Hauptbahnhof trafen, wie der „Vorwärts“ berichtet, vor einigen Tagen mehrere Hundert Arbeiterfamilien aus dem elbisch-litauischen Gubenbezirk ein. Die innerhalb 48 Stunden unter Zurücklassung aller Möbel ihre Wohnungen verlassen mußten und nur die allernotwendigsten Habseligkeiten mitnehmen durften. Die meisten der Ausgewiesenen waren schon lange Jahre im Revier. Sie berichten, daß die französische Regierung an ihre Stelle italienische und tschecho-slowakische Arbeiter setzte. Die meisten dieser fremdländischen Arbeiter hätten vom Bergbau und Hüttenbetrieb nicht den leisesten Schimmer. Den Ausgewiesenen sollen weitere große Transporte folgen.

Berlin. Dem „Berl. Tagbl.“ zufolge ist Leutnant Berger aus Chemnitz, der in Klingenthal in der vorigen Woche wegen Desertion verhaftet worden war, von dem dortigen Gericht wieder freigelassen worden. Die sächsische Regierung erklärt, ihr sei keine Mitteilung seitens des Gerichts über die Gründe der Freilassung zugegangen.

Berlin. Aus Dresden berichtet der „Berl. Lokalanz.“, daß der Bandenführer Göhl nicht ausgeliefert werden würde. Die sächsische Regierung habe den Standpunkt eingenommen, daß Göhl keine gemeinen Verbrechen begangen habe, sondern nur politische Vergehen.

Berlin. Nach dem „Berl. Lokalanz.“ hat in dem Dorfe Freitenstein, in dem seit längerer Zeit eine ungeheure Erregung gegen wucherische Landwirte herrscht, die Bevölkerung das Gefühl eines über beleumundeten Bauern niedergebrannt. Eine Meute von anderen wucherischen Bauern wird mit derselben Unjustiz bedroht.

Berlin. Wie der „Berl. Lokalanz.“ berichtet, haben am 8. und 9. August in Paris Verhandlungen über Holzlieferungen auf Grund des Friedensvertrags stattgefunden. Ein deutsches Angebot auf Lieferung von 1 440 000 Festmeter Nadelholz jährlich bei einem Zeitraum von vier Jahren wurde von der Gegenseite als unzureichend abgelehnt.

Rekte Nachrichten

Aufhebung der Reichsfließkarte

Von zuständiger Stelle wird den „B. N.“ mitgeteilt: Durch Verordnung vom 7. August ist nunmehr die Reichsfließkarte mit Wirkung vom 23. August 1920 aufgehoben und durch

die Kundenliste ersetzt worden. Wahlweise ist auch die Gemeindefleischkarte, falls darauf von dem einen oder anderen Lande besonderer Wert gelegt werden sollte, zugelassen. Die Aufhebung geschah, weil die Reichsfließkarte ihren Zweck, den Fleischverbrauch zu überwachen, im Gasthausverkehr tatsächlich immer mehr verloren hat.

Vom Streik im Saargebiet

Saarbrücken, 11. Aug. Bisher ist die Stadt völlig ruhig geblieben. Französische Besatzungstruppen durchziehen mit großen Trupps Kavallerie, Infanterie und Maschinengewehren sowie Tanks und Panzerautos die Straßen. Die Eisenbahner sind als requiriert erklärt. Die nicht im Dienst erschienenen wurden in ihren Wohnungen aufgegriffen. Es wurden nur sehr wenige vorgeladen. Der Post-, Telegraph- und Telefondienst ruht immer noch vollständig. Die Bergwerksbeamten, die am Samstag dem Streik beigetreten waren, kehrten am Montag an ihre Arbeitsstätten zurück.

In den Wäldern um Saarbrücken herum sind 60 Eisenbahner festgenommen worden. Sie verweigerten die Arbeit und erklärten, nur von Deutschland gegebenen Befehlen zu gehorchen. Seit gestern tagt das Kriegsgesicht.

Zunehmende Arbeitslust im Ruhrgebiet

Berlin, 12. Aug. Die Blätter melden, daß infolge der Ergebnisse der Bergarbeiterkonferenz in Genf die Arbeitsfreudigkeit im Ruhrgebiet wachse. Die Belegschaften einer Anzahl von Betrieben erließen sich zu Ueberstunden.

Kommunistische Umtriebe im Osten

Memel, 11. Aug. Zwischen kommunistischen Demonstranten und der Polizei kam es zu Zusammenstößen. Nach einer Kommunistenversammlung sollte sich ein Zug nach der Wohnung des Gouverneurs Oden begeben, um gegen die von diesem ausgesprochene Abkündigung der Forderung auf Rückkehr von drei im Juni ausgewiesenen Agitatoren zu demonstrieren. Die Polizei die dem Zuge entgegentrat, wurde mit Steinen beworfen. Auch fielen aus der Menge zwei Schüsse. Die Polizei ging darauf mit Wasser vor und trieb die Menge auseinander. Mehrere Polizisten und Demonstranten wurden verletzt.

Dies ist der Generalstreik ausgedrückt. Es handelt sich um eine kommunistische Aktion der Betriebsräte. Die Gewerkschaften sind vollkommen ausgeschlossen.

Hungerstreik in Irland

Amsterdam, 12. Aug. Ungefähr 100 Einspinner, welche in der letzten Woche in das Gefängnis zu Belfast gebracht worden waren, sind in den Hungerstreik eingetreten.

Norwegens Ansprüche aus den Folgen des Seekrieges

Kristiania, 12. Aug. Die norwegische Gesandtschaft in Berlin hat neuerdings dem deutschen Ministerium des Auswärtigen eine Note über die Entschädigungsforderungen infolge der Seekriegsführung zugeleitet, in der Mitteilung über die durch König, Entschädigung vom 23. April 1920 eingesetzten Kommission zur Prüfung der Entschädigungsforderungen gemacht wird, die die norwegische Regierung in naher Zukunft vorbringen zu können glaubt.

Französisch-belgisches Militärabkommen

Brüssel, 12. Aug. Die Zeitungen schreiben, trägt das von der militärischen Führung der beiden Länder unterzeichnete französisch-belgisches Militärabkommen den Charakter eines Verteidigungsbündnisses gegen ungerichtete deutsche Angriffe.

Das lettisch-russische Friedensabkommen

Kopenhagen, 12. Aug. Das lettisch-russische Friedensabkommen bestimmt u. a., daß die von beiden Parteien beabsichtigte Volksabstimmung im Gebiet von Drissa und von Düna nicht stattfinden soll. Dagegen soll eine Teilung der strittigen Zone nach gegenseitigem Uebereinkommen vorgenommen werden. Lettland erhält von Aufständischen Besitztümer, Maschinen, Eisenbahnmateriale und Wertpapiere, die im Jahre 1915 und später nach Rußland gebracht wurden, an Lett-

land zurückgegeben werden sollen. Sowjetrußland ist jedoch berechtigt, den Gegenwert in Gold zu leisten. In spätestens zwei Monaten nach Ratifikation des Friedensvertrages wird Rußland an Lettland einen Vorschuß von 4 Millionen Rubeln in Gold zahlen.

Judenterror im Gorthlande

Budapest, 11. Aug. Abgeordneter Ladislaus Budabart brachte in der Nationalversammlung einen von fanatischer Gehässigkeit diktierten Antrag zur Lösung der Judenfrage ein. Der Antrag fordert Ausschließung von der Staatsbürgerschaft, Konfiskation der Vermögen aller seit 1914 eingewanderten Juden sowie aller derjenigen, die aus Kriegslieferungen oder aus der Kriegskonjunktur entstanden seien. Verbot jüdischer Schulen, Ausschließung der Juden von der Leitung von Unternehmen, insbesondere von Banken und Zeitungen sowie von allen öffentlichen Stellen, wie Richteramt, Notariat und Professur. Den Juden werden alle politischen Rechte entzogen, die Juden dürfen keine christlichen Bediensteten zu persönlichen Dienstleistungen anstellen und dürfen selber nicht ausländische Unternehmen in Ungarn vertreten. Sie dürfen Bodenbesitz weder kaufen noch pachten und ihre Grundstücke sind noch im Laufe des Jahres 1920 vom Staat abzulösen. Der Antrag wurde, nachdem der Minister Stefan Szabo erklärt hatte, er sei in vielen Punkten mit dem Antrag nicht einverstanden, hatte jedoch dafür, daß man ihn auf die Tagesordnung setzen solle, mit Stimmenmehrheit zur Behandlung angenommen. Dagegen stimmten nur 40 Abgeordnete.

Valuta-Bericht vom 11. August

Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 18 Cts. Auszahlung Holland notierte etwa 15,42 1/2 M per holl. Guld.; Schweiz etwa 7,69 M per schw. Fr.; England etwa 168,50 M per Pfd. Sterling; Frankreich etwa 3,35 M per franz. Fr.; New York etwa 46,40 M per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 12. August 1920

Außer dem Ostseegebiet, wo ein starker Luftwirbel noch Bewölkung und vereinzelt Regen verursacht, sieht das übrige Europa unter dem Einfluß eines kräftigen Hochdruckgebietes, dessen Kern im Nordwesten lagert. Es herrscht deshalb trockenes, vielfach heiteres Wetter, das auch weiterhin anhalten wird. Voraussichtliche Witterung bis Freitag, 13. August, nachts: Fortgesetzt heiter und trocken; nachts sehr kühl, am Tage etwas wärmer als bisher.

Wasserstand des Rheins

Schulterstein! 202, gest. 2; Rehl 302, gest. 3; Maxau 466, gest. 2; Mannheim 386, gest. 6 Zentimeter.

Briefkasten der Redaktion

Kriegserwitte. Nachdem Sie sich als Kriegserwitte wieder verheiratet haben und die Abfindungsumme erhalten, haben Sie nachher auch im Falle der Scheidung von Ihrem zweiten Manne keine Unterstützung vom Staat zu erhalten. Unterhaltspflichtig wird Ihr Mann, wenn er bei der Scheidung dazu verurteilt wird.

Schriftleitung: Georg Schöpflin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Ueberblick und Letzte Nachrichten Hermann Kade; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Heuileton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Giese; für den Anzeigenteil: Gustav Krüger, sämtliche in Karlsrude.

Vereinsanzeiger

Bruchsal. (Soz. Partei.) Samstag, den 14. Aug., abends 8 1/2 Uhr, in der „Folz“ Mitgliederversammlung mit Vortrag. Thema: „Spa und Roskau“. Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder erwartet. 4808 Der Vorstand. Bruchsal. („Die Naturfreunde“) Donnerstag abends 8 Uhr in der „Folz“. 4899

Gebrüder Scharff
Wir empfehlen:
Neue Kartoffeln
Pfund 35 Pfg.
Vorzügliche Holländer
Käse
Pfund 16.-
4883

Frische Veith-Pneumatik
eingetroffen.
Decke Mark . . 100.-
Schlauch Mark . 30.-
Witzemann, Mühlburg
Rheinstraße 34 a. 4285
Neuherrichtungen von Metall-Gegenständen
aller Art, vergolden, versilbern, vernickeln usw., schleifen und polieren.
Billigste Preisstellung! Schnellste Bedienung!
Ohr. Friedr. Müller
Karlsruhe, Ruppurrerstraße 32 4797
Haltestelle der Straßenbahn-Linie 3.
Auf Wunsch Besuch ohne jede Verbindlichkeit.

Friedrichshof - Garten.
Heute Abend 8 Uhr
Konzert
Volkstümlicher Abend
Philharmonisches Orchester
Dirigent: Obermusikmeister Schotte.
Arbeiter! Agitiert für den „Volksfreund“

Berriffene Strümpfe
aller Art werden wie neu hergerichtet. Preis pro Paar 1 Mk. Lieferzeit 2-3 Tage.
Schützenstraße 4, durch den Hof.

Donnerstag, Freitag und Samstag
großer Massen-Fischverkauf
feinsten Lebensfrischer See- und Süßwasserfische 4896
Städt. Fischhalle
hinter dem Bierordtob
zu bekannt billigsten Preisen.
Verkaufszeit 8-12 Uhr vorm. und 3-6 Uhr nachm.
M. Pfeffle & Sohn.

Wegen Aufgabe unseres derzeitigen Schuhlagers empfehlen wir bis einschliesslich Samstag, den 14. August für Jedermann

Herren-, Damen- und Kinder-Stiefel

zu bekannt billigen Preisen.

Verkauf in der Städt. Ausstellungshalle von 9 bis 1 und 3 bis 6 Uhr.

Ortsausschuss Karlsruhe des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Den Angehörigen der freigewerkschaftlichen Organisationen bieten wir unser grosses Lager in

Normal-Herrenwäsche

in nur bester Qualität, zu enorm niederen Preisen an.

Wöch.
Arbeiter-Gesangverein „Bruderbund“.
 Am Sonntag, den 15. August, nachmittags 3 Uhr im Gasthaus zum „Sahuhof“
20jähriges Stiftungsfest
 verbunden mit Gesang, Solis u. Vorträge
 unter Leitung des Musikdirektor Herrn L. Balbas, wozu wir Freunde und Gönner unserer Sache freundlichst einladen.
 Der Vorstand: Burtart.

Vorzüglicher Schweizer Apfelwein
 prima glanzhelle Qualität, in Leithässern jeder Größe (in Eigentumsfässer entsprechend billig) offeriert
B. Finkelstein
 Rintheimerstr. 10 Tel. 2875 u. 510.
 Günstige Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
 Wer Bedarf hat, wolle die günstige Gelegenheit benutzen.

Abhaltung der Herbstmesse 1920.
 Am Donnerstag den 19. August d. J., vormittags 10 Uhr, findet im Lebenszimmer der Schlachthofwirtschaft (neben dem Viehplatz) die Versteigerung der Plätze für Fruchtstände, Schiffsstände, Photographie, Schieß- und Ringverleihen, Waffelbäckereien, Zuckerwaren, Gemüsemittel und Kurartikel sowie für ein Hypodrom zur Herbstmesse 1920 statt.
 Gleichzeitig kommen die Plätze zur Aufstellung eines Karussells, einer Schiffschaukel, je einer Schieß- und Zuckerwarenstände zu den im Monat September bzw. Oktober in den Vororten Mühlburg, Weierheim, Daxlanden, Grünwinkel, Rintheim und Ruppurrstattfindenden

Kirchweihfesten
 zur Versteigerung.
 Die Bedingungen werden vor der Versteigerung bekannt gegeben. Der Versteigerungspreis ist sowohl für die Rechte als auch für die Kirchweihplätze sofort nach erfolgtem Zuschlag in vollem Betrag zu entrichten.
 Karlsruhe, den 10. August 1920. 2268
 Städt. Markt- und Messamt.

Baubund-Möbel
 kaufen Sie preiswert und formschön gegen Barzahlung oder erleichtert. Zahlungsbedingungen bei der gemeinnützigen Hausratgesellschaft
Badischer Baubund G. m. b. H.
 Karlsruhe
 Karl-Friedrichstr. 22 (Eckhaus Rondellplatz)
 Täglich geöffnet von vormittags 8-12, nachmittags von 2-6 Uhr.
 Fernsprecher 5157.

Rucksäcke
 prima Ware, selbstgefertigte Waren in verschied. Preisl. hat abzugeben
M. Oswald, Karlsruhe
 Schützenstraße 42. 4051a

Alles besucht den großen Circus Blumenfeld
 Karlsruhe, Platz: Ecke Mathy- und Bfverstr.
 Das Tagesgespräch von Karlsruhe!
Donnerstag abend 8 Uhr:
Außerordentliche Vorstellung
 Das gesamte Personal in seinen Glanznummern.
 Alte arkadischen Clowns u. Auguste:
 Die anerkannt besten und elegantesten Freiheits-Dressuren!
Gastspiel
 der einzig existierenden weiblichen Psychologin
Frl. Elsa Wörner
das Rätsel des 20. Jahrhunderts.
 Vorverkauf im Zigarrengeschäft Meyle, Marktplatz und an der Circuskasse.

Preiswerte Schuhwaren
 Soweit Vorrat.
 Damen-Spangenschuhe schwarz und farbig . . . Mk. 70.—
 Damen-Halbschuhe Chevreau u. Boxcalf Mk. 95.—
 Damen-Stiefel gute Qualitäten, Mk. 185.— Mk. 105.—
 Damen-Stiefel hochechtf., Mk. 145.—, mit niederm Absatz . . . Mk. 115.—
 Herren-Stiefel gute Qualitäten, Mk. 185, Mk. 145.— Mk. 138.50
 Herren-Stiefel braun, Mk. 215.— Mk. 185.—
 Kinder-Stiefel 20-22 23-24 25-26
 26.50 29.50 42.50
 Die Preise sind netto. — Verkauf I. Etage.
 4877

Städt. 1904 Vierordtbad.
 Kohlensäure Bäder und elegante Wannenbäder I., II. u. III. Klasse.
 Für Herren und Damen geöffnet: Werktags vorm. 9-1 Uhr, nachm. 2 1/2 bis 7 1/2 Uhr, Samstags auch über die Mittagszeit geöffnet. An Sonn- u. Feiertagen geschlossen.
Sportplatz K. F. - V.
 Strassenbahn-Linie Nr. 5.
Donnerstag, 12. August
 nachm. punkt 1/7 Uhr
Boxkampf-Match
 Neger Johnson — C. Fürst
Ringkampf-Match
 v. d. Heyd — Christensen.
 Mitglieder v. K. F. - V. Stahplatz 1
 Näheres siehe Plakate. 4878

Salat-Di
 1 Liter-Glasche 26.—
 1/2 Liter-Glasche 21.—
 1/4 Liter-Glasche 13.50
 1/8 Liter-Glasche 10.50
 1/16 Liter-Glasche 7.—
 offen 25.—
 Liter 25.—
Volksbuchhandlung Karlsruhe i. B.
 Friedrich Stampfer: **Religion ist Privatsache**
 Erläuterungen zu Punkt 6 des Erläuterungs Programms 31.—40. Tausend. Mk. 1.—
Chateaulouques
 neue, von 350 Mk. an. 4803
 H. Köhler, Schützenstr. 25.
Diwans
 neue, von 450 Mk. an. 4804
 H. Köhler, Schützenstr. 25.
 Zu verl. kompl. gutes Bett 400, Bett mit Spiegel 500, schöne Kommode 300, Sopha 250 Mk. C. Fröhlich, Uhlenstr. 12, parterre.
Garten-Brunnen
 zu verkaufen bei 4800
 Preis, Augustenstr. 27 St. 3
Wasserpfeife
 vernichtet verbläuhend
Jolignist
 5-lach stark, geruchlos, in Apotheke u. Drogerie.

Winter-Hüte.
 Wir übernehmen das Reinigen, Färben u. Umformen von Damen- u. Herrenhüten und empfehlen unserer Umform-Hüte zwecks prompter Lieferung geehrten Kundschaft ihre schon jetzt zu senden. Ueber 30 neue Modelle. Anerkannt beste Ausführung.
Hutfabrik Carl Kraemer & Cie. Karlsruhe
 Telefon 624.
 Annahmestellen: Friedenstraße 7, Kaiser-Wilhelm-Halle 3, Kaiserstraße 15, Adlerstraße 43, Werderplatz 48. Durlach: Hauptstr. 60.

Gesangverein „Badenia“ e. V.
 Am Sonntag, den 15. August findet in der Festhalle Durlach, nachmittags 4 Uhr
Familien-Unterhaltung
 mit musikalischen, gesanglichen und theatral. Aufführungen, mit nachfolgendem Tanz. Seit 1904 wird die berechneten Mitglieder bill. einladen. Programm obligatorisch, pro Person 80 Bfa. Mitgliederkarten sind unbedingt vorzulegen. Nichtmitglieder 3 Mk. Eintritt f. d. Gesamtveranstaltung. 4885
 Der Vorstand.

Karlsruher Fußball-Verein.
 e. V.
 Schirmherr: Prinz Max v. Baden.
 Geschäftsstelle: Zirkel 29. Tel. 1193.
 Die **Spieler-Versammlung** findet diese Woche am Samstag, den 14. August, abends 1/7 Uhr, auf dem Sportplatz statt. Neubildung der Mannschaft: Sämtliche Spieler, die für die kommende Spielzeit berücksichtigt werden wollen, haben zu erscheinen. Bei Verhinderung schriftl. Nachricht an die Geschäftsstelle (Zirkel 29).
 Sonntag, den 15. August 1920, 3 Uhr nachmittags
A. H. Mannschaft geg. **1. F. C. Pforzheim A. H.**
 nachmitt. 1/5 Uhr
1. Mannschaft gegen **1. F. C. Pforzheim I.**
 6 Uhr abends:
2. Mannschaft gegen **Spielvereinigung Ettlingen I.**
 10 Uhr vormittags:
5. Mannschaft gegen **Sportklub Pforzheim.**
 Sämtliche Spiele auf unserem Platz in Rastheim.
 Voranzeige: **Mittwoch, den 18. August 1920** auf unserem Platz:
1. Mannschaft gegen **Preußen Berlin I.**

Konsumverein f. Durlach u. Umgegend.
 Die Abgabe von **Früh-Kartoffeln**
 findet für die Folge jeden Dienstag und Freitag von 1-5 Uhr nachmittags in unserem Lager, Weiberstraße, statt. In den Verkaufsstellen sind ebenfalls jederzeit solche erhältlich.
 Der Bezug von Futter- und Düngemitteln ist in die Wege geleitet.
 Der Vorstand.

Durlach.
 Samstag, den 14. d. Mts., abends 8 Uhr, findet in der „Festhalle“, eine **öffentliche Volks-Versammlung**
 statt, mit dem Thema: **„Brauchen wir eine Mieterorganisation?“**
 Redner: Herr Gemeinderat G. Steinbrunn. Mieter und Mieterinnen ersehen zahlreich.
Rastatter Anzeigen.
Einladung.
 Zur Beratung der vorläufigen Feststellung und zur Aufstellung des Voranschlags für die Zeit vom 1. April 1920 bis dahin 1921 wird Laßfahrt auf Montag, den 23. August, nachmittags 4 Uhr, in den Sitzungssaal des Rathhauses anberaumt, zu welcher nach Maßgabe des § 19 der Gemeindeverordnungs-Anweisung die Mitglieder des Gemeinderats, sowie auch die nach § 118 der Gemeindeordnung berechtigten Steuerpflichtigen und alle diejenigen eingeladen werden, deren unlagerepflichtigen Steuerwerte des Vermögens- und Betriebsvermögens zusammenzurechnen sowie Umlage zu tragen haben, wie 100 000 Steuerwert, die Verträgen mit dem Anfügen, daß es ihnen freistehet, ihre Einwendungen bei der Beratung vorzutragen, oder aber zum Anschluß an den Voranschlag schriftlich zu übergeben.
 Rastatt, den 11. August 1920. 2270
 Der Gemeinderat: Renner. Giffert.
 Gemäß § 8 Abs. 4 des Gesetzes vom 7. April 1908 (Reichs-Ges. Bl. Seite 393) machen wir darauf aufmerksam, daß die Abfuhr, Transport, Mafsch, Moß oder Wein zu zudem, unter Benützung der in den Ausführungsbestimmungen des Bundesrats zu § 3 Abs. 4 des Gesetzes verordneten Muster bei Vermeiden der in § 29 Abs. 2 und § 30 des Ges. angeordneten Strafen bei diesj. Stelle schriftlich anzugeben ist.
 Rastatt, den 6. August 1920.
 Das Bürgermeisteramt: Renner. Goller.

Oberammergauer Festspiele
 im „Löwen“ in Rastatt. Spieldauer 8.—15. August
Rechtsanwaltsstelle des Gewerkschaftskartells Rastatt. Die Spruchkammer der Rechtsanwaltsstelle finden jeden Freitag nachmittags von 4-6 Uhr im „Anter“ statt.

Ab heute, bis Dienstag, den 17. August.
Die Herrin der Welt
3. Teil
 Der Rabbi von Kuan-Fu.
 Ab 26. August erscheint der 4. Teil.
Central-Lichtspiele
 Karlsruherstr. 26.

Durlacher Anzeigen.
Ferienkolonie auf dem Turmberg.
 Die durch die Lebensmittelpenurie bedingte Unterernährung vieler Kinder hat die Errichtung einer Ferienkolonie auf dem Turmberg notwendig gemacht, die die Bestimmung hat, wenigstens die bedürftigsten Kinder dort unterzubringen und zu verpflegen. Die Eröffnung ist mit dem geistigen Tage erfolgt.
 Wir richten an die hiesige Einwohnerschaft die bringende Bitte, dieses Unternehmen durch Zuwendung von freiwilligen Gaben als: Geldspenden, Gemüsehilfen, Brot, Eier, Obst und dergl. zu unterstützen.
 Die Geldgaben wollen auf der Stadtkasse geleistet, Naturgaben im hiesigen Verkauf abgegeben werden, wobei eine Bescheinigung über die abgelieferten Lebensmittel ausgehändigt wird.
 Durlach, den 11. August 1920. 2269
 Der Gemeinderat.

Die
 findet diese Woche am Samstag, den 14. August, abends 1/7 Uhr, auf dem Sportplatz statt. Neubildung der Mannschaft: Sämtliche Spieler, die für die kommende Spielzeit berücksichtigt werden wollen, haben zu erscheinen. Bei Verhinderung schriftl. Nachricht an die Geschäftsstelle (Zirkel 29).
 Sonntag, den 15. August 1920, 3 Uhr nachmittags
A. H. Mannschaft geg. **1. F. C. Pforzheim A. H.**
 nachmitt. 1/5 Uhr
1. Mannschaft gegen **1. F. C. Pforzheim I.**
 6 Uhr abends:
2. Mannschaft gegen **Spielvereinigung Ettlingen I.**
 10 Uhr vormittags:
5. Mannschaft gegen **Sportklub Pforzheim.**
 Sämtliche Spiele auf unserem Platz in Rastheim.
 Voranzeige: **Mittwoch, den 18. August 1920** auf unserem Platz:
1. Mannschaft gegen **Preußen Berlin I.**

Volks-Versammlung
 Samstag, den 14. d. Mts., abends 8 Uhr, findet in der „Festhalle“, eine **öffentliche Volks-Versammlung**
 statt, mit dem Thema: **„Brauchen wir eine Mieterorganisation?“**
 Redner: Herr Gemeinderat G. Steinbrunn. Mieter und Mieterinnen ersehen zahlreich.
Rastatter Anzeigen.
Einladung.
 Zur Beratung der vorläufigen Feststellung und zur Aufstellung des Voranschlags für die Zeit vom 1. April 1920 bis dahin 1921 wird Laßfahrt auf Montag, den 23. August, nachmittags 4 Uhr, in den Sitzungssaal des Rathhauses anberaumt, zu welcher nach Maßgabe des § 19 der Gemeindeverordnungs-Anweisung die Mitglieder des Gemeinderats, sowie auch die nach § 118 der Gemeindeordnung berechtigten Steuerpflichtigen und alle diejenigen eingeladen werden, deren unlagerepflichtigen Steuerwerte des Vermögens- und Betriebsvermögens zusammenzurechnen sowie Umlage zu tragen haben, wie 100 000 Steuerwert, die Verträgen mit dem Anfügen, daß es ihnen freistehet, ihre Einwendungen bei der Beratung vorzutragen, oder aber zum Anschluß an den Voranschlag schriftlich zu übergeben.
 Rastatt, den 11. August 1920. 2270
 Der Gemeinderat: Renner. Giffert.

Oberammergauer Festspiele
 im „Löwen“ in Rastatt. Spieldauer 8.—15. August
Rechtsanwaltsstelle des Gewerkschaftskartells Rastatt. Die Spruchkammer der Rechtsanwaltsstelle finden jeden Freitag nachmittags von 4-6 Uhr im „Anter“ statt.

Oberammergauer Festspiele
 im „Löwen“ in Rastatt. Spieldauer 8.—15. August
Rechtsanwaltsstelle des Gewerkschaftskartells Rastatt. Die Spruchkammer der Rechtsanwaltsstelle finden jeden Freitag nachmittags von 4-6 Uhr im „Anter“ statt.